

Zur Erosion internationaler Normen

Folterverbot und nukleares Tabu in der Diskussion

Der vorliegende Artikel nimmt sozialkonstruktivistische Theorien der Norminternalisierung als Ausgangspunkt und zeigt deren theoretische Schwachstellen auf, nämlich (1) dass sie Akteure bzw. Akteurshandeln aus dem Blickfeld geraten lassen, sobald eine Norm das sogenannte Internalisierungsstadium erreicht hat, und dass sie (2) aus einem inhärenten Fortschrittsglauben heraus die Möglichkeit einer späteren Schwächung einer internalisierten Norm nicht mehr in Erwägung ziehen. Anhand zweier empirischer Gegenbeispiele – des Folterverbots und des nuklearen Tabus in den USA – wird untersucht, wie es möglich ist, dass eine bereits internalisierte Norm von Seiten des Akteurs wieder in Frage gestellt wird und auf diese Weise Tabus geschwächt werden, d. h. erodieren können. In der Schlussfolgerung werden die Gründe aufgezeigt, aufgrund derer sich internalisierte Normen, obwohl gemeinhin als stabil erachtet, immer noch als fragil erweisen können.

1. Einleitung¹

Brechen Gebäude zusammen, ist die danach klaffende Lücke kaum zu übersehen und auch der Vorgang selbst ist direkt beobachtbar. Die Erosion internationaler Normen ist hingegen nicht so leicht zu erkennen: Die Veränderung oder das Verschwinden immaterieller sozialer Konstrukte macht sich im Alltag nur indirekt und unter Umständen erst nach einiger Zeit bemerkbar. Auch in der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) wurde die Möglichkeit einer Schwächung internationaler Normen bisher kaum zur Kenntnis genommen, was wir, wie im Folgenden ausgeführt wird, vor allem auf einen unter NormtheoretikerInnen weit verbreiteten Fortschrittsglauben sowie auf eine generelle Unterbewertung von *agency* zurückführen. Bedauerlicherweise geraten hierdurch diejenigen Diskurse aus dem Blick, in denen Akteure ihren Glauben an die Geltungskraft von Normen zum Ausdruck bringen. Doch genau diese Diskurse sind es, die eine Möglichkeit zur Untersuchung des Wandels gesellschaftlicher Verhaltensstandards bieten. Parallel zu den teils euphorisch konstatierten Prozessen einer zunehmenden Verrechtlichung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen, die zu »einer normativ gehaltvollen politischen

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine Synthese der Ergebnisse unserer gemeinsamen Magisterarbeit, die im August 2006 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität unter dem Titel »Das Ende der Selbstverständlichkeit. Zur Erosion internationaler Normen: Folterverbot und nukleares Tabu« eingereicht wurde. Für die Begutachtung früherer Versionen dieses Artikels danken wir Tanja Brühl und Gunther Hellmann sowie drei anonymen GutachterInnen der ZfIB. Stefan Engert, der den Prozess seiner Veröffentlichung von Seiten der Redaktion begleitet hat, gebührt besonderer Dank.

Ordnung jenseits des Nationalstaats« (Zürn et al. 2007: 139) führen sollen, findet aber auch alltäglich ein Prozess mit gänzlich umgekehrten Vorzeichen statt: die Erosion selbst fundamentaler internationaler Normen, die sich anhand eben solcher Diskussionsprozesse nachvollziehen lässt. Hiermit beschäftigt sich der folgende Beitrag.

Zwei identitätsprägende Normen, das Folterverbot und das nukleare Tabu, bilden den Gegenstand unserer Betrachtungen. Wir zeigen ihre diskursive Schwächung in den Vereinigten Staaten von Amerika auf, indem wir Argumentationsweisen analysieren, die ihre Erosion ermöglicht haben. Im Folgenden werden wir unsere Fragestellung zunächst in der konstruktivistischen Normenforschung verorten (Abschnitt 2.1) und deren Lücken aufzeigen, die in der Nichtbeachtung von Normerosionen zum Ausdruck kommen (Abschnitt 2.2). Anschließend werden wir kurz die analysierten Normen vorstellen (Abschnitte 3.1 und 3.3) und ihre Erosionsprozesse mit Blick auf den Verlauf, die beteiligten Akteure und die verwendeten Argumentationsweisen empirisch skizzieren (Abschnitte 3.2 und 3.4). Im Fazit führen wir unsere empirischen Ergebnisse mit den theoretischen Ausgangsüberlegungen zusammen.

2. Ausgangsüberlegungen: Theoretisches und empirisches Puzzle

2.1. Der Kitt der internationalen Beziehungen: Normen in der Diskussion

Was den Charakter internationaler Normen ausmacht, wie und warum sie entstehen, sich durchsetzen und letztendlich von Akteuren internalisiert werden, wird in den IB breit diskutiert. Wir verorten unsere Studie im heterogenen Feld konstruktivistischer Ansätze, denen die gemeinsame Überzeugung zugrunde liegt, dass Normen die Identität eines Akteurs entscheidend prägen und dessen Verhalten somit von nicht-materiellen Faktoren mitbestimmt wird (vgl. Finnemore 1996: 28). Peter Katzenstein (1996: 5) entwickelte die sozialkonstruktivistische Standarddefinition von Normen als »collective expectations for the proper behavior of actors with a given identity«, deren Einhaltung als (moralisch) richtiges Handeln angesehen wird (*logic of appropriateness*, vgl. March/Olsen 1998: 951f). Normen gelten also für bestimmte Akteure mit einer gemeinsamen Identität. Dementsprechend sind sie ihrem Wesen nach kollektiv und intersubjektiv, wobei normative Erwartungshaltungen in Gebots- und Verbotssysteme übersetzt werden, die ein Spektrum an erforderlichen und erlaubten Handlungen eröffnen und hierüber ihre verhaltensregulierende Wirkung entfalten (Elster 1989: 101). Innerkonstruktivistische Debatten kreisen v. a. um den epistemologischen Status von Normen, d. h. die Frage, ob Normen in kausalanalytischen Zusammenhängen beschrieben werden können oder sich als soziale Konstrukte per se einer solchen Logik entziehen, weil sie Akteurshandeln im Rahmen begrenzter Handlungsspielräume zwar »leiten«, »rechtfertigen« oder auch »beschränken« können, jedoch keine Kausaleffekte darstellen »in the sense that a bullet through the heart causes death« (Kratochwil/Ruggie 1986: 767).

Trotz dieser Einsicht liegen mittlerweile mehrere prominente Ansätze vor, die die Entstehung und Durchsetzung von Normen in variablenzentrierte und generalisierende Modelle fassen. Am Beginn unserer Überlegungen steht das *norm life cycle*-Modell von Martha Finnemore und Kathryn Sikkink (1998), in dem die Autorinnen die zunehmende Wirkung von Normen als dreistufigen Prozess vorstellen: Zunächst treiben so genannte *norm entrepreneurs* die Normentstehung als Antwort auf ein neues Problembewusstsein voran. Nachdem die Akzeptanz einer Norm bei einer kritischen Masse von Akteuren erreicht wurde (*tipping point*), erfolgt in der zweiten Stufe eine Normkaskade, in deren Verlauf die Gültigkeit einer Norm von immer mehr Staaten – durch Anpassungs- oder Legitimitätsdruck – anerkannt wird. Erst auf der dritten Stufe erlangen Normen eine *taken-for-granted quality* (Finnemore/Sikkink 1998: 895, 904). Im Anschluss an Finnemore und Sikkink gehen mittlerweile viele AutorInnen vom Vorhandensein *internalisierter* Normen als letzter Stufe eines Sozialisierungsprozesses durch die internationale Gemeinschaft aus, auf der eine Norm auch ohne die Androhung von Sanktionen befolgt wird.² Hierbei erscheint die Einhaltung dieser Norm dem Akteur nach dem Lernprozess so selbstverständlich, dass er »kaum noch darüber [nachdenkt], ob [er] sie einhalten soll oder nicht« (Risse et al. 2002: 18). Einmal internalisierte Normen werden also fast automatisch befolgt. Allen mit dem Begriff der Internalisierung operierenden Modellen liegt die zentrale Annahme zugrunde, dass eine solche Norm beinahe völlig aus dem öffentlichen Diskurs verschwindet, da ihre Einhaltung nicht länger umstritten ist.³ Einmal gelernte moralische Überzeugungen und bereits internalisierte normative Verhaltensstandards werden, so die Annahme, nicht mehr hinterfragt.⁴

In der konstruktivistischen Literatur (wie auch in diesem Beitrag) werden im Zusammenhang mit unhinterfragbaren Normen unter Rückgriff auf ethnologische und psychoanalytische Konzepte *Tabus* als ein spezieller Typus internalisierter Normen behandelt.⁵ Kern dieser besonders starken und moralisch aufgeladenen *Verbot*snormen ist »something that is not done, said, or touched« (Tannenwald 1999: 436). Sigmund Freud identifizierte als Ursprung von Tabus das ambivalente Verhältnis zwischen dem Wunsch, eine Handlung auszuführen, und der gleichzeitigen Angst vor ihren Konsequenzen. Um diese Spannung auszuhalten, ist das Individuum

- 2 Was nicht heißt, dass für einen eventuellen Normverstoß keine Sanktionen vorgesehen sind oder dass die Norm nicht unter bestimmten Umständen – z. B. mit einer dem Legitimierungsdruck Rechnung tragenden Rechtfertigung – gebrochen werden kann.
- 3 So werden z. B. kaum noch ernsthafte Diskussionen über die Abschaffung des Frauenwahlrechts oder den Nutzen von Sklaverei geführt (Finnemore/Sikkink 1998: 895).
- 4 Die Frage, welche Akteure eine neue Norm verinnerlicht haben müssen, um in Bezug auf einen Staat insgesamt von Internalisierung sprechen zu können, bleibt hierbei ungeklärt. So geben Thomas Risse, Stephen Ropp und Kathryn Sikkink (1999: 17) in ihrem sonst recht detaillierten Modell der »Normspirale« lediglich an, dass die Regierungsebene (als Institution, nicht nur im Hinblick auf ein Regierungsoberhaupt) die Norm internalisiert haben und dafür sorgen muss, dass sie in der innenpolitischen Gesetzgebung verankert wird.
- 5 Im europäischen Sprachgebrauch wurde das Wort von James Cook etabliert (Pfeifer 1989: 1773). Der Ursprung des Begriffes »Tabu« liegt im aus dem Polynesischen stammenden Wort *tapu*, dessen einfache Übersetzung »unverletzlich« lautet.

gezwungen, den Wunsch zu verdrängen und ihm besonders rigorose Abscheu entgegen zu setzen – die Handlung wird tabuisiert (Freud 1984: 62, 1940: 25). Ein Tabu bezieht sich dabei immer auf alle verbotenen Handlungen bzw. Objekte. Auf gesellschaftlicher Ebene wird die Einhaltung von Tabus zum Garant der Bewahrung des als wahr, schön und gut Erachteten und durch die klare Markierung des Gefährlichen zum Schutzfaktor für die kollektive Identität (Kraft 2004: 12f, 111f). Diese Bedeutung von Angst und Bedrohungsgefühlen, die Tabus zugrunde liegen, wird in konstruktivistischen Studien aufgegriffen: In Abgrenzung zu »einfachen« Normen (»prescriptions or proscriptions for behavior«) definiert Nina Tannenwald Tabus als »a particularly forceful kind of normative prohibition that [...] deals with the ›sociology of danger‹«, wobei unter Letzterer die Erwartung von »awful consequences or sanctions to follow in the wake of a taboo violation« zu verstehen ist (Tannenwald 1999: 436). Neben der bereits für internalisierte Normen angeführten *taken-for-grantedness* gelten ein absoluter Gültigkeitsanspruch und die *Undenkbarkeit* eines Tabubruches als dessen Charakteristika, denn wie bei allen internalisierten Normen ist die Befolgung von Tabus selbstverständlich und teilweise noch nicht einmal bewusst. Noch stärker als bei einer internalisierten Norm, über deren Einhaltung nicht mehr diskutiert wird (vgl. Finnemore/Sikkink 1998: 895), fällt somit bereits das ernsthafte Anzweifeln seiner Gültigkeit in den Schutzbereich eines Tabus. So wird die Unangreifbarkeit eines Tabus immer wieder öffentlich bekräftigt und etwaige Erwägungen eines Bruches sofort – und ohne weitere argumentative Auseinandersetzung – abgeschmettert. Demnach stellt das Beginnen einer Debatte, in der *Begründungen* für die Notwendigkeit eines Tabus angeführt werden müssen, bereits eine Schwächung des Tabus dar.⁶ Denn »wenn [...] das Selbstverständliche nicht mehr als selbstverständlich wahrgenommen wird, stellt sich das Wissen darüber, wie man [...] einmal dazu gekommen ist, nicht einfach wieder ein« (Reemtsma 2004: 97) – die Erosion des Tabus beginnt.

2.2. Akteursverlust und Fortschritts Glaube in den IB: Empirisches Puzzle und theoretische Lücke der Normerosion

Nicht zu leugnen ist, dass konstruktivistische Theorien die bis dato rationalistisch dominierte Forschung über verschiedene Dimensionen internationaler Normen entscheidend erweitert und bereichert haben. Der nachdrückliche Hinweis auf die gegenseitige Bedingtheit von Akteuren und Strukturen, dem eine für den Konstruktivismus konstituierende Bedeutung attestiert werden kann, gewann insbesondere in Abgrenzung zum strikten Individualismus und zur Akteurszentriertheit des Rationalismus an Relevanz. Allerdings wird genau diese Abgrenzung als ein Grund für die

6 Dies schließt allerdings die Möglichkeit nicht aus, dass ein Tabu am Ende einer Debatte seine Gültigkeit wiedererlangt oder sogar gestärkt aus ihr hervorgeht, weil man sich erneut die Gefahr eines Tabubruches vor Augen geführt hat. Auch wir können nicht mit letzter Sicherheit sagen, ob die von uns untersuchten Tabus am Ende vollständig erodieren oder vielleicht doch wieder erstarken werden.

Entstehung einer – angesichts der üblichen Fokussierung auf die Wechselbeziehung zwischen Akteur und Struktur doch überraschenden – *theorieinhärenten* Lücke angesehen: dem Verschwinden von *agency* (Checkel 1998: 2f).⁷ So erfüllen konstruktivistische Ansätze durchaus den Anspruch, die charakteristische Wechselwirkung zwischen Normen und Akteuren nachzeichnen zu können – jedoch nur, *bevor* das Internalisierungsstadium der Norm erreicht ist.⁸ Hat eine Norm einmal die unterschiedlichen Entwicklungsphasen von ihrer Entstehung, Verbreitung und Durchsetzung bis hin zu ihrer Verinnerlichung erfolgreich durchlaufen, scheint sie letztendlich strukturähnlich zu wirken: Die oben angeführten Modelle der Normentstehung und -durchsetzung legen nahe, dass der Akteur einer internalisierten Norm lediglich folgen kann und damit nicht nur Normbrüche von seiner Seite unwahrscheinlich werden, sondern bereits eine Diskussion über die Gültigkeit einer Norm aus dem Rahmen des möglichen Akteurshandelns gerückt wird. Internalisierte Normen werden somit dem Zugriff des Akteurs entzogen, der Akteur damit als der Struktur ausgeliefert aufgefasst.

Diese *theoretische* Schwäche bleibt nicht folgenlos, lässt sie doch sowohl die (nahe liegende) Notwendigkeit der Normreproduktion als auch die Möglichkeit eines vom Akteur ausgehenden Normwandels während oder *nach* der Internalisierungsphase (wenn man annimmt, dass diese keineswegs die letzte Phase sein *muss*) aus dem Blickfeld rücken. Selbst AutorInnen, die sich explizit mit dem Begriff des *normative change* befassen (etwa Klotz 1996; Hurrell 2001), thematisieren ausschließlich den zur *Verinnerlichung* einer Norm führenden Prozess und nicht, wie der Ausdruck vermuten ließe, deren mögliche Veränderung im Sinne einer Neuinterpretation oder Schwächung.⁹ Zwar berücksichtigen sie, dass internalisierte Normen durch (noch) stärkere ersetzt werden können, bleiben damit aber einem Fortschrittsglauben verhaftet, der eine kontinuierlich zunehmende Verregelung und Zivilisierung der internatio-

7 Agency ist in der englischen Übersetzung des Akteur-Struktur-Problems der Gegenbegriff von *structure*. Es bezeichnet einen Akteur selbst, gleichzeitig aber auch dessen zielgerichtetes Handeln in Interaktion mit anderen Akteuren oder Strukturen.

8 So bringen *norm entrepreneurs* eine Norm ins öffentliche Bewusstsein und engagieren sich für ihre Verbreitung; die Norm ihrerseits wirkt auf (andere) Akteure zurück, indem sie z. B. Identitäten konstituiert oder Kosten-Nutzen-Kalküle verändert. Wiederum andere Akteure bedienen sich der Norm, um ihr Verhalten zu rechtfertigen bzw. die Handlungen von anderen zu delegitimieren usw. Normen *verändern* somit Strukturen und sind doch gleichzeitig bereits Ausdruck *veränderter* Strukturen; sie können durch Interaktionen zwischen Akteuren hervorgebracht werden, Akteure können damit auf strukturelle Veränderungen reagieren oder von anderen – ebenfalls im Rahmen bestimmter Strukturen handelnden – Akteuren beeinflusst werden.

9 Risse und Sikkink sprechen in der Beschreibung ihres Spiralmodells zur Normdurchsetzung zwar durchaus von einer möglichen Schwächung von Normen »auf dem Weg nach oben«, bzw. von einer Umkehr des bereits eingeleiteten Durchsetzungsprozesses, verorten die Möglichkeit eines solchen jedoch v. a. »during the initial stages of the spiral model« (Risse/Sikkink 1999: 34). In Bezug auf das letzte Stadium ist von einer möglichen Schwächung der Norm keine Rede mehr: »At this point we can safely assume that the human rights norms are internalized« (Risse/Sikkink 1999: 33).

nalen Beziehungen nahe legt.¹⁰ Demnach schränken neu entstehende Normen den Handlungsspielraum von Akteuren immer stärker ein, während die Ablösung einer Norm durch eine schwächere, die eben diesen Handlungsspielraum wieder erweitern würde, nicht bedacht wird. Dies erweist sich in Anbetracht der sozialen Praxis, in der bereits internalisierte Normen sehr wohl durch einen neu entfachten öffentlichen Diskurs wieder in Frage gestellt werden und Tabus auf die gleiche Weise eine Schwächung erfahren können, als zweite, *empirisch bedingte* Lücke.

Unser Ziel ist es, zur Überwindung dieser beiden Lücken – der theorieimmanenten und der empirisch bedingten – beizutragen: Wir fragen uns, wie es möglich ist, dass bereits internalisierte Normen von Seiten des Akteurs wieder in Frage gestellt werden können und auf diese Weise geschwächte Tabus erodieren. Unter Normerosion verstehen wir also die (Wieder-)Ausweitung eines vormals durch die Norm eingeschränkten Handlungsspielraums eines Akteurs auf Kosten der jeweiligen Norm. Da wir uns – um dem Einwand vorzubeugen, die untersuchten Normen seien nicht internalisiert gewesen – Tabus als spezieller Form besonders stark internalisierter Normen zuwenden, ist es im Sinne unseres Tabubegriffs wichtig, einen Einstellungswandel gegenüber dem Geltungsanspruch der Norm aufzuzeigen, d. h. den schwindenden Glauben an ihre uneingeschränkte (moralische) Richtigkeit, während der tatsächliche Bruch (*non-compliance*) solcher Normen für uns von nachrangiger Bedeutung ist.¹¹

Indem wir ein solches Infragestellen von Tabus betrachten und die (häufig implizite) Annahme, ein Akteur besitze keinerlei Handlungsmacht über eine internalisierte Norm mehr, vor dem Hintergrund empirischer Gegenbeispiele bestreiten, rückt für uns der Moment ins Zentrum der Aufmerksamkeit, in dem ein Akteur wieder Handlungsmacht über eine strukturähnlich wirkende Norm gewinnt, sich also die Möglichkeit einer Normerosion eröffnet und damit gleichzeitig den Prozess der Normerosion auslöst. Denn wenn, wie oben angeführt, das ernsthafte Infragestellen eines Tabus bereits dessen Gültigkeit untergräbt, lassen sich Normerosion und auslösendes Akteurshandeln nicht als einander vorgelagert konzeptualisieren. Beide Entwicklungen fallen in eins und müssen als komplexes und gleichzeitiges Wechselspiel von Akteur und Struktur, aber auch als ständiges Zusammenwirken verschiedener Akteursgruppen begriffen werden. Da sich Normerosionen mit Blick auf das sie hervorruhende Akteurshandeln beschreiben lassen, stellt *agency* die entscheidende Kategorie unserer Untersuchung dar. Und weil sich das Infragestellen im Medium der Sprache vollzieht, legen wir unseren Fokus auf die zwischen den Akteuren stattfindenden sprachlich-argumentativen Auseinandersetzungen über die Gültigkeit einer Norm.

10 Dieser Fortschrittsglaube kommt auch in der Auswahl der in der einschlägigen Literatur angeführten Normen zum Ausdruck: Hier werden ausschließlich – aus westlicher Sicht – positiv konnotierte Standards untersucht, während z. B. die verstärkte Durchsetzung der Scharia außerhalb des normtheoretischen *framings* liegt.

11 Auf den Unterschied von Normgeltung und Normeinhaltung wiesen Friedrich Kratochwil und John G. Ruggie (1986: 767) bereits Mitte der 1980er Jahre hin: »To be sure, the law (norm) is violated thereby [durch einen Normbruch]. But whether or not violations also invalidate or refute a law (norm) will depend upon a host of other factors, not the least of which is how the community assesses the violation and responds to it.«

Aus diesem Grund haben wir eine an Diskursanalysen angelehnte Methode gewählt: Als Ausgangspunkt für die Untersuchung der beiden Diskurse dienten uns themenbezogene Artikel aus der Zeit zwischen 1995 und 2005¹² in drei großen US-amerikanischen Zeitungen, nämlich der eher linken *New York Times* (NYT), der eher konservativen *Washington Post* (WP) und dem Massenblatt *USA Today* (UST). Aus den dort gefundenen Verweisen haben wir nach dem Schneeballsystem ein Set weiterer Dokumente (u. a. Strategiepapiere, Fachbücher, Reden und Artikel aus weiteren Zeitungen, etwa dem *Wall Street Journal* (WSJ) oder der *Los Angeles Times* (LAT)) zusammengestellt, die Argumente zu den Themen Folter bzw. nukleares Tabu beinhalteten.¹³ Anhand einer Stichprobe aus diesem Textkorpus erstellten wir ein Analyseraster, nach dem wir Argumentationsweisen und häufig verwendete rhetorische Figuren einordnen konnten und welches wir in der weiteren Auseinandersetzung mit dem Material anpassten, verfeinerten und schließlich fallübergreifend verglichen. Zwar standen die Argumentationsweisen in der wieder einsetzenden Auseinandersetzung mit den beiden Tabus im Vordergrund, gleichzeitig beobachteten wir jedoch auch die Zu- und Abnahme publizierter Quellen zu unseren beiden Themen sowie den Einfluss derjenigen Akteursgruppen, die den Diskursverlauf entscheidend prägten. Unserem Forschungsinteresse entsprechend haben wir zwei Fallstudien durchgeführt, anhand derer wir den Prozess der Normerosion in den Fällen des Folterverbots und des nuklearen Tabus explorativ nachvollziehen konnten.¹⁴ Unsere Fallstudien werden wir im Folgenden ergebnisorientiert skizzieren; auf eine detaillierte Rekonstruktion der Diskursverläufe muss aus Platzgründen an dieser Stelle leider verzichtet werden.

-
- 12 Wir wählten einen recht weiten Untersuchungszeitraum, um aufzeigen zu können, dass die Norm vor ihrer Erosion tatsächlich internalisiert war. Da wir einen nicht abgeschlossenen Prozess erforschten und Anfang 2006 mit der Datenerhebung begannen, entschieden wir uns für Dezember 2005 als Endpunkt des Untersuchungszeitraumes.
 - 13 Insgesamt haben wir aus einer Gesamtzahl von über 6000 Treffern etwa 400 Zeitungsartikel und ca. 100 Referenzdokumente analysiert.
 - 14 Da die Untersuchung explorativen Charakter hatte, d. h. weder auf eine Generalisierbarkeit der von uns gewählten Fälle abzielte, noch zum Ziel hatte, zuvor aufgestellte Hypothesen an einer großen Zahl von Fällen abzu prüfen, bestanden die Kriterien unserer Fallauswahl lediglich in der Feststellung, dass es sich bei den von uns untersuchten Normen tatsächlich um Tabus handelt(e) sowie in der leichten Nachvollziehbarkeit der Erosionsprozesse, sodass die Wahl besonders offensichtlicher Fälle mit leicht einsehbarem (sprich: englischem und durch Onlinearchive zugänglichem) Quellenmaterial ausschlaggebend war. Da die beiden von uns untersuchten Normerosionen auf der innenpolitischen Ebene (der USA) angestoßen wurden, konzentriert sich unsere Untersuchung auch weitestgehend auf die Geschehnisse innerhalb der Grenzen dieses Landes.

3. Fallstudien: Die Erosion des Folterverbots und des nuklearen Tabus

3.1. Das universelle Folterverbot als Tabu

Das explizit keine Ausnahmen zulassende Verbot, Menschen zu foltern,¹⁵ ist die (neben dem Verbot der Sklaverei) am stärksten kodifizierte Menschenrechtsnorm, an die beinahe alle Staaten der Welt gleich mehrfach – durch internationales, regionales und nationales Recht – gebunden sind (Tomuschat 1989: 107). Doch obwohl das Folterverbot als *ius cogens*, also als eine zwingende Norm des Völkergewohnheitsrechts, die sämtliche Rechtsdokumente zur Umgehung des Verbots außer Kraft setzt, angesehen wird, sind Folterungen in zwei Dritteln aller Staaten aufgedeckt und nachgewiesen worden (Raes 1989: 74). Fälle von *non-compliance* sind also an der Tagesordnung (Amnesty International 2000: 8). Trotz dieser Verstöße hat bisher kein Staat ein *Recht auf Folter* eingeklagt oder auf seinem Territorium stattfindende Folterungen auch nur zu legitimieren versucht (Raes 1989: 1). Eine als legitim anerkannte Rechtfertigung für den Vorwurf, sich Folterungen schuldig gemacht zu haben, ist schlicht nicht denkbar – und ebenso wenig bedarf es einer Erklärung von KritikerInnen dieser Praxis, warum sie Folter für etwas Schlechtes halten. Viel mehr als in der Befolgung der Norm besteht der Kern des Foltertabus also in der *Undenkbarkeit, das Folterverbot selbst in Frage zu stellen*, indem Folter öffentlich als legitimes Mittel dargestellt würde.

Dass das juristische Folterverbot trotz des Widerspruchs zwischen *Normgeltung* und *Normeinhaltung* weiterhin unangefochten gilt, lässt sich mit seiner Einbettung in ein vielschichtiges Foltertabu erklären, welches neben der rechtlichen zumindest noch eine historische und eine psychologische Dimension besitzt. Historisch gesehen wurde das Thema Folter über die letzten drei Jahrhunderte hinweg zunehmend mit einem Rückfall in die Barbarei assoziiert, sodass heute das Eingeständnis eines Landes, Folterungen zuzulassen, einer Verabschiedung aus dem Kreis der zivilisierten Staaten gleichkäme (Reemtsma 2004: 98). Dabei zählt die Ablehnung von Folter gerade deshalb zu den konstitutiven Kernnormen (insbesondere, aber nicht nur) westlicher Staaten, weil die Abschaffung dieser Jahrhunderte lang in die Rechtspraxis nahezu aller europäischen Staaten eingebetteten Methode der Geständniserzwingung eng an die Herausbildung des modernen Menschenbilds der Aufklärung geknüpft war, nach dem das Individuum als Subjekt mit natürlich gegebenen und unveräußerlichen Rechten ausgestattet sei und niemals zum Objekt staatlichen Handelns gemacht werden dürfe (Enzensberger 2004: 537). Durch die Betrachtung von Folter als inhumane, das Konzept der Menschenwürde geradezu negierende Praxis wurde ein Eintreten *für* Folter zu einer nicht mehr rational zu vertretenden Position –

15 Die absolute Gültigkeit des Verbots kommt z. B. in Artikel 2 der UN-Konvention gegen Folter und andere grausame und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe von 1984 zum Ausdruck: »No exceptional circumstances whatsoever, whether a state of war or a threat of war, internal political instability or any other public emergency, may be invoked as a justification of torture« (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights 1984).

vielmehr ergibt sich eine »natürliche« Foltergegnerschaft aus den Gefühlen von Abscheu und Ekel, die seit Beginn des 19. Jahrhunderts allein durch die Erwähnung des Themas aufkommen (Schmoeckel 2000: 572). Deutlich wird dieses »Schweigetahu« auch auf der individuellen Ebene, auf der es Folteropfern wie -täterInnen extrem schwer fällt, über ihre Erfahrungen zu sprechen, was häufig genug einer Aufarbeitung im Wege steht und die Selbstmordrate auf beiden Seiten in die Höhe treibt (Haas 1997: 73f). Ganz im Sinne Freuds (1940: 28) »rächt sich« der Tabubruch »selbst«. Eine weitere Parallele zu Freud ist die *ausnahmslose* Tabuisierung der Folterpraxis: Da es als selbstverständlich angesehen wird, jegliche Folterhandlungen abzulehnen, fällt das Nachdenken darüber, was Folter genau ist und welche Praktiken nicht mehr von diesem Begriff gedeckt sind, unter ein generelles Denkverbot.

Die skizzierten Dimensionen des Foltertabus – ungewöhnlich starke rechtliche Kodifizierung, psychologische Tabuisierung, die mit einer generellen Verdrängung des Themas einhergeht, und gedankliche Verbindung mit den Wurzeln »zivilisierter Staatlichkeit« – sind kaum voneinander zu trennen und haben im Zusammenspiel ein bis vor kurzem unangreifbar scheinendes Tabu konstituiert, dessen Wirkung auf allen Ebenen vom internationalen System bis zum Individuum hin deutlich wurde.

3.2. »Time to Think about Torture«: Die Erosion des Foltertabus in den Vereinigten Staaten¹⁶

3.2.1. Akteurskonstellation und Verlauf der Folterdiskussion

Zu dem Zeitpunkt, als in den USA das Udenkbare geschah und eine Diskussion um eine Legalisierung von Folter einsetzte, nämlich nach den Terroranschlägen im Herbst 2001, stand das Land kurz davor, den häufig beobachteten Widerspruch zwischen rhetorischer Zustimmung zur UN-Antifolterkonvention und deren faktischem Unterlaufen vollständig zu überwinden: Die letzten »institutionellen Sümpfe«, in denen es während der 1990er Jahre noch zu vereinzelt Folterungen gekommen war – namentlich durch die US-Geheimdienste und die Polizei – sollten auf Veranlassung der Regierung »trockengelegt« werden, nachdem die Bevölkerung auf entsprechende Skandale empört und teilweise gar mit Massenprotesten reagiert hatte.¹⁷ Überhaupt spiegelten die damaligen Kommentarspalten die Auffassung wider, mit dem Ende des Kalten Krieges sei das Zeitalter universeller Menschenrechte angebrochen.¹⁸ Besonders stolz zeigte man sich auf die eigene Rechtstradition angesichts der wachsenden Zahl von Klagen unter dem *Alien Tort Claims Act* von 1789, der es

16 Alter, Jonathan: Time to Think About Torture, Newsweek, 5.11.2001.

17 Letztere gab es v. a. bei den Gerichtsverhandlungen im Fall eines von der Polizei gefolterten Einwanderers, sodass beantragt wurde, die Verhandlungen außerhalb New Yorks abzuhalten (vgl. Editorial der NYT: Making the C.I.A. Accountable, in: NYT, 18.8.1996).

18 Rief, David: The Precarious Triumph of Human Rights, in: NYT, 8.8.1999.

ermöglicht, Foltervorwürfe vor US-amerikanische Zivilgerichte zu bringen, selbst wenn keine der beiden Prozessparteien die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt.¹⁹ Das Fortbestehen des Gesetzes zeigt nicht nur, dass Folter in den USA als Weltverbrechen angesehen wird, also überall auf der Welt strafrechtlich verfolgt werden kann (Raes 1989: 87), sondern auch den besonderen Stellenwert, der dem Folterverbot in den USA zugemessen wird: Die Gründungsväter der USA verankerten dieses Prinzip, nicht selten aufgrund eigener leidvoller Erfahrungen mit politischer Verfolgung in ihren Herkunftsländern und im Bestreben, die Ideen der europäischen Aufklärung zu verwirklichen, in der *Bill of Rights* und anderen grundlegenden Gesetzen der Vereinigten Staaten,²⁰ obwohl Folter in der eng an die britische Rechtstradition angelehnten Rechtssprechung der USA sowieso keine Rolle gespielt hätte.²¹

Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, mit welcher Geschwindigkeit das Foltertabu in den USA erodierte: Während zu Beginn der Debatte 2001 nur vereinzelte Rufe nach einer Legalisierung von Folter laut wurden, nahm die Anzahl der FolterbefürworterInnen bis zum Ende des Untersuchungszeitraums 2005 drastisch zu, wobei die früher als normal angesehene Position, Folter *unter allen Umständen* abzulehnen, immer seltener vertreten wurde, wie im Folgenden dargelegt wird.

Im Hinblick auf die Akteurskonstellation der Folterdiskussion in den USA ist zunächst überraschend, dass die Debatte *nicht* von Mitgliedern der US-Regierung, des Militärs oder der Geheimdienste angestoßen wurde. Schließlich standen gerade diese Akteursgruppen spätestens seit den ersten Festnahmen hochrangiger *Al Kaida*-Mitglieder im Herbst 2001 unter erheblichem Druck, Informationen über die Strategien, die Führungsriege, aber auch über die Ideologie und Denkweisen des neuen Feindes zu erhalten, kurz »to learn more of a shadowy empire of evildoers about whom Americans know virtually nothing.«²² Innerhalb dieser drei Akteursgruppen galt schnell als ausgemacht, dass Informationsgewinnung zur wichtigsten Waffe im Kampf gegen den Terrorismus geworden war, da sich nur so weitere Anschläge verhindern lassen könnten. »I want to burn three lessons in your conscientiousness about our new strategy for prevention: First, information is the best friend of prevention«, hämmerte der damalige US-Justizminister seinen Kollegen von der New Yorker Anwaltskammer ein (Ashcroft 2002). Zudem wurde in der regierungsinternen Debatte betont, dass die dringend benötigten Informationen hauptsächlich von *Al Kaida*-Mitgliedern selbst kommen müssten:

»The need for human intelligence has dramatically increased in the new threat environment of asymmetric warfare. Massed forces and equipment characteristic of the Cold

19 Den ersten dieser Fälle gewann 1980 ein Paraguayaner, der vor einem US-Zivilgericht den ebenfalls aus Paraguay stammenden Folterer seines Sohnes verklagt hatte.

20 Hier sind v. a. das fünfte und achte *Amendment* zur US-Verfassung zu nennen, die auch in der heutigen Folterdiskussion noch häufig zitiert werden.

21 In England setzte sich früh die Urteilsfindung durch Laiengerichte durch, während Richter auf dem europäischen Kontinent für einen Schuldspruch zwingend auf Geständnisse von Angeklagten oder Zeugen angewiesen waren, wobei die Bedeutung solcher Aussagen zur Rechtspraxis führte, sie unter Folter zu erpressen (Schmoeckel 2000: 52).

22 Sontag, Susan: Regarding The Torture of Others, in: NYT, 23.5.2004.

War era, Desert Storm and even Phase I of Operation Iraqi Freedom relied largely on signals and imagery intelligence. The intelligence problem then was primarily one of monitoring known military sites, troop locations and equipment concentrations. The problem today, however, is discovering new information from other sources. Information derived from interrogations is an important component of this human intelligence« (Schlesinger 2004: 67).

Allerdings betonten VerhörspezialistInnen spätestens seit der Einrichtung des Gefangenenlagers *Guantanamo Bay* im Januar 2002, dass den *detainees* die Bedeutung ihres Wissens bewusst war und sich ihre Kooperation nicht (wie früher) mit finanziellen Anreizen oder einer Einbürgerung in die USA erkaufen ließ.²³ Aufgrund dieser Probleme setzte eine regierungsinterne Diskussion über die Zulässigkeit von Foltermethoden als Mittel zur Erpressung von Informationen ein, die sich in strikt geheim gehaltenen Memoranden niederschlug.²⁴

Dass in dieser frühen Phase seitens der Regierung keinerlei Versuche unternommen wurden, härtere Verhörmethoden auch gegenüber der US-amerikanischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen, ist erstaunlich, denn bereits wenige Wochen nach »9/11« – und damit noch früher als der regierungsinterne Diskurs – hatte eine *öffentliche* Debatte über das Thema Folter begonnen: »Torture is already a topic of discussion in bars, on commuter trains, and at dinner tables«, stellte die NYT knapp sechs Wochen nach den Anschlägen fest.²⁵ Weiter angeregt wurde die Debatte von Diskussionssendungen auf großen Nachrichtenkanälen, wie etwa FOX oder CNN, wo zwar einerseits verlautbart wurde, Folter sei schlecht (»torture is bad«), im nächsten Satz jedoch die Einschränkung folgte: »Keep in mind, some things are worse. And under certain circumstances, it may be the lesser of two evils. Because some evils are pretty evil.«²⁶ Hier hatte sich ein *window of opportunity* aufgetan, das von FolterbefürworterInnen innerhalb der Regierung zur Durchsetzung eigener Interessen hätte genutzt werden können. Stattdessen wurde die öffentliche Debatte jedoch von Akteuren ausgelöst, bei denen aufgrund der Skandalisierung von Folterfällen während der 1990er Jahre von einer besonders starken Internalisierung des Folterverbots ausgegangen werden konnte – nämlich von MedienvertreterInnen und »normalen« BürgerInnen. So ergab sich die aus heutiger Sicht bizarre Situation, dass für Folterungen plädierende Regierungsmitglieder nicht nur ein *window of opportunity* verpassten, sondern die Regierung von FoltergegnerInnen, wie dem Vorsitzenden von *Human Rights Watch*, Kenneth Roth, noch in Schutz genommen wurde: »To the government's credit, it's not the government proposing this. It's various commentators.«²⁷

23 Shenon, Philip: Intelligence: Officials Say Qaeda Suspect Has Given Useful Information, in: NYT, 24.4.2002.

24 Auf über 1000 Seiten lassen sich die gesammelten Memoranden nachlesen in Greenberg/Dratel (2005).

25 Rutenberg, Jim 2001: Torture Seeks into Discussion by News Media, in: NYT, 5.11.2001.

26 Moderator Carlson Tucker in CNN: Target Terrorism. Forcing Suspects to Talk, Transkript der Sendung »CNN Crossfire« vom 25.10.2001.

27 Zitiert nach Rutenberg, Jim: Torture Seeks into Discussion by News Media, in: NYT, 5.11.2001.

Der öffentliche und der regierungsinterne Diskurs über die Zulässigkeit von Folter verliefen über mehrere Jahre hinweg parallel, wobei sich auf beiden Seiten der Kreis der TeilnehmerInnen zunehmend ausweitete und die Debatten immer dann intensiver geführt wurden, wenn es zu Festnahmen hochrangiger *Al Kaida*-Mitglieder kam, deren Verhöre wiederum wenig neue Erkenntnisse brachten:

»People were trying like hell how to ratchet up the pressure. [...] We'd been at this for a year plus and got nothing out of them so officials concluded we need to have a less-cramped view of what torture is and is not.«²⁸

Hatten sich innerhalb der US-Regierung bisher nur wenige Personen in Memoranden über die Frage ausgetauscht, welche »folterähnlichen« Verhörmethoden noch erlaubt sein könnten, berief Donald Rumsfeld im Januar 2003 eine Arbeitsgruppe mit den ranghöchsten Rechtsberatern des Verteidigungsministeriums ein, welche die wichtigsten Rechtsdokumente des Folterverbots (Genfer Konventionen, UN-Konvention gegen Folter, aber auch die *amendments* zur US-Verfassung) auf etwaige Schlupflöcher überprüfen sollte. Allerdings wurden nach außen weiterhin alle solchen Überlegungen abgestritten (»That's not how we do business«)²⁹ und der Kampf der Vereinten Nationen gegen Folter sogar öffentlich von der US-Regierung unterstützt: »The United States is committed to the worldwide elimination of torture, and we are leading this fight by example« (Bush 2003).

Erst die Veröffentlichung von Bildern gefolterter Gefangener aus dem irakischen Gefängnis *Abu Ghraib* im April 2004 und die Aufdeckung der regierungsinternen Foltermemoranden nur wenige Wochen später setzte dem Nebeneinander der beiden Diskurse in Regierung und Öffentlichkeit ein Ende und bedeutete (zumindest quantitativ) den Höhepunkt der Auseinandersetzung, die sich nun auch in *hearings* vor dem US-Kongress und mehreren ausführlichen Studien über die Lage in US-Gefangenenlagern niederschlug. Von einem Schweigetabu konnte spätestens ab diesem Zeitpunkt keine Rede mehr sein. Schließlich ließ sich ab Sommer 2004 absehen, dass das Foltertabu in einer Art »Zangenbewegung« zerbrach: Von »ganz unten« drängte ein Teil der Bevölkerung auf die Aufhebung der absoluten Gültigkeit der Norm,³⁰ wobei sich prominente Intellektuelle wie Alan Dershowitz an die Spitze der Bewegung setzten und öffentlich juristisch verbindliche Ausnahmeregelungen vom Folterverbot forderten. Von »ganz oben« wurden Folterungen innerhalb der Administration, vermutlich zumindest im Einvernehmen mit dem US-Präsidenten, legitimiert, woraufhin sich diese Politik durch die unteren Ränge der Administration und

28 Ein in Guantanamo stationiertes Mitglied des US-Militärs, zitiert nach Bravin, Jess: Pentagon Report Set Framework for Use of Torture. Security or Legal Factors Could Trump Restrictions, Memo to Rumsfeld Argued, in: WSJ, 7.6.2004.

29 CIA-Verhörexperte zitiert nach Schmitt, Eric: There are Ways to Make Them Talk, in: NYT, 20.6.2002.

30 Im Sommer 2004 wurden einige Umfragen durchgeführt, die zeigen, dass zu diesem Zeitpunkt ca. ein Drittel der US-Bevölkerung Folter in bestimmten Situationen für erforderlich hielt; knapp die Hälfte sprach sich für die Notwendigkeit von »physical abuse short of torture« aus. Vgl. Program on International Policy Attitudes (2004) sowie die Angaben aus einem »ABC-Poll«, zitiert in Ignatieff, Michael: Mirage in The Desert, in: NYT, 27.6.2004.

des Militärs fortsetzte, bis es schließlich auf der Ebene einfacher ReservistInnen zu den Misshandlungen im Bagdader *Abu Ghraib*-Gefängnis kam.

Nach der Aufregung um *Abu Ghraib* und die Regierungsmemoranden flachte die Folterdebatte in der Öffentlichkeit erstaunlich schnell ab,³¹ wurde jedoch sowohl im Kongress als auch unter prominenten RechtswissenschaftlerInnen und anderen Intellektuellen fortgeführt,³² wobei sich eine starke *qualitative* Verschiebung der Akteurspositionen im folgenden Jahr feststellen ließ. Standen sich 2004 noch die »Lager« von FolterbefürworterInnen und FoltergegnerInnen unvereinbar gegenüber, wichen VertreterInnen letzterer Gruppe von ihrer »Extremposition« einer unbedingten Ablehnung von Folter in jeder Situation ab. »The wall between the liberal campus and a conservative, utilitarian-minded military breaks down« stellte der Kolumnist Robert Kaplan Anfang 2005 fest.³³ So äußerte in einer 20-köpfigen Arbeitsgruppe von Rechtswissenschaftlern an der Harvard-Universität nur einer der ProfessorInnen Zweifel daran, dass Folter in Extremsituationen erlaubt werden sollte (Heymann/Kayyem 2005). Der dem Kongress vorgelegte und entsprechend Folter befürwortende Bericht der Gruppe fand wiederum auch bei demokratischen Abgeordneten, wie Jane Harman, Anklang: »If you're serious about trying to get information in advance of an attack, interrogation has to be one of the main tools. It has to be made to work. I'm O.K. with it not being pretty.«³⁴ Interessanterweise waren es vier republikanische Senatoren um John McCain, der, selbst Folteropfer, die Debatte endlich beenden wollte, »whether its O.K. to break someone's right arm but not his left foot.«³⁵ Nachdem mit den Stimmen dieser »Abweichler« das so genannte *McCain Amendment*, das Verhörpraktiken eindeutig verbieten sollte, die über die im Armeehandbuch aufgeführten (und damit legalen) hinausgingen, im Kongress verabschiedet worden war, drohte George Bush zunächst das erste Veto seiner Präsidentschaft an. Schließlich verlegte man sich jedoch auf den Trick, kurz vor der Ausfertigung des *McCain Amendments* ein neues Armeehandbuch herauszugeben, das ein geheimes Kapitel über Verhörmethoden beinhaltete, sodass nicht bekannt ist, von welchen Verhörmethoden nun laut Gesetz nicht mehr abgewichen werden darf. Auf politischer Bühne fiel der Vorhang also (zunächst) vor einer Reihe offener Fragen in der Folterdiskussion.

3.2.2. Zentrale Argumentationsweisen im Streit um das Foltertabu

Wieso aber konnte die Diskussion um eine Legitimierung von Folter in Öffentlichkeit und Regierung überhaupt so lange geführt werden und wie kam es, dass FoltergegnerInnen schließlich von ihrer radikalen Ablehnung dieser Praxis abwichen?

-
- 31 Die NYT äußerte mehrfach Kritik am wachsenden Desinteresse der Bevölkerung, zuerst in Krugman, Paul: America's Lost Respect, in: NYT, 1.10.2004.
 - 32 Lelyveld, Joseph: Interrogating Ourselves, in: NYT, 12.6.2005.
 - 33 Kaplan, Robert D.: Hard Questions, in: NYT, 23.1.2004.
 - 34 Zitiert nach Lelyveld, Joseph: Interrogating Ourselves, in: NYT, 12.6.2005.
 - 35 Zitiert nach Lelyveld, Joseph: Interrogating Ourselves, in: NYT, 12.6.2005.

Vor dem Hintergrund des Foltertabus ist schließlich überraschend, dass die Position der FolterbefürworterInnen nicht von vornherein als nicht vertretbar delegitimiert wurde. Statt die Debatte mit dem Hinweis auf grundlegende ethische Prinzipien im Keim zu ersticken, fachten FoltergegnerInnen sie noch zusätzlich an, denn sie ließen sich nicht nur auf eine Diskussion mit ihren Gegenübern ein, sondern brachten zur Verteidigung des Folterverbots auch v. a. Kosten-Nutzen-Argumente vor. Solche Argumente, wie etwa der Hinweis, Folter führe nicht zu wahren Geständnissen, waren aber von Seiten der FolterbefürworterInnen aufgrund empirischer Erfahrungen angreifbar und damit auch potenziell widerlegbar. Zum Streitfall wurde insbesondere die von FolterbefürworterInnen gern angeführte Aussage des philippinischen Islamisten Abul Hakim Murad, der bereits 1995 unter Folter auf den Philippinen gestanden hatte, amerikanische Linienflugzeuge entführen und als Waffen verwenden zu wollen. Andererseits sprachen sich auch VerhörspezialistInnen gegen Folterungen aus: »If you violate the process by jumping in and rubber-hosing some SOB, you're going to get bad information 100% of the time.«³⁶ Gleichzeitig spielte der Gesichtspunkt der Reziprozität (im Gegensatz zum Gedanken unabdingbar geltender Rechte) auf beiden Seiten eine erstaunlich große Rolle. FoltergegnerInnen betonten teilweise sogar, das Einverständnis, den Gegner nicht zu foltern, bilde die Grundlage einschlägiger Völkerrechtskonventionen. So hob etwa Senator Joseph R. Biden bei einem *hearing* hervor:

»I'll conclude by saying – there's a reason why we sign these treaties: to protect my son in the military. That's why we have these treaties. So when Americans are captured, they are not tortured. That's the reason, in case anybody forgets it. That's the reason« (zitiert nach Ashcroft 2004).

Die Gegenseite konterte solche Argumentationen mit dem Hinweis, Terroristen seien ohnehin keinen Völkerrechtsverträgen unterworfen und könnten gerade aufgrund ihrer Brutalität nur mit äußerster Härte bekämpft werden: »Their justice is very quick and very brutal. Forget the rules of the Geneva Convention.«³⁷

In der von solchen Kosten-Nutzen- bzw. *tit-for-tat*-Überlegungen geprägten Diskussion fehlten die vor dem Hintergrund der historischen Wurzeln des Tabus zu erwartenden Schlagworte der Menschenwürde sowie natürlich gegebener Rechte über den gesamten Debattenzeitraum fast völlig.³⁸ Allein mit solchen Hinweisen auf die *Undenkbarkeit* von Folterungen und dem Pochen auf grundlegende ethische Standards hätte man auch auf das *ticking bomb scenario* antworten können, das zum Herzstück einer von FolterbefürworterInnen vertretenen »Gegenmoral« wurde: Im

36 Zitiert nach Diamond, John/Locy, Toni/Willing, Richard: Interrogation is tough but not torture, in: UST, 6.3.2003. SOB steht für »son of a bitch«.

37 US-Geheimdienstagent in Afghanistan, zitiert nach: Hale, Ellen: Ex-commando warns of Afghanistan perils, in: UST, 2.10.2001.

38 Nur dreimal konnten wir entsprechende argumentative Figuren finden, was insbesondere im Vergleich mit der deutschen Debatte zum Fall Daschner, in der die unveräußerliche Menschenwürde zum wichtigsten Argument der FoltergegnerInnen wurde, extrem wenig erscheint (vgl. z. B. Poscher, Ralf: Menschenwürde als Tabu, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.6.2005 oder Müller, Reinhard: Menschenwürde in der Abwägung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.4.2005).

Zentrum steht hier die Frage, ob man einen Terroristen, von dem man weiß, dass er in der jeweiligen Stadt eine Bombe gelegt hat, deren genauen Ort er nicht verraten will, die aber innerhalb der nächsten Zeit unweigerlich detonieren wird, persönlich foltern bzw. Folter anordnen oder für gut befinden würde. Typischerweise wird das Szenario so lange variiert (z. B. hinsichtlich zu erwartender Opferzahlen, des Vorliegens einer Anweisung des Präsidenten oder einer derart starken Sprengkraft der Bombe, dass der Terrorist selbst ums Leben käme), bis sich auch der/die Letzte eingestehen muss, dass Folter in diesem Fall doch die bessere Alternative oder diese Position zumindest rational begründbar sei. Mit dieser »Einsicht« wird jedoch auch akzeptiert, dass das Folterverbot eben nicht länger absolut gelten kann, sondern zu einem abwägbaren Menschenrecht wird, welches v. a. gegenüber Sicherheitsbedenken nachrangig behandelt werden kann:

»To stick to perfectionist commitments [...] when under terrorist attack might achieve moral consistency at the price of leaving us defenseless in the face of evildoers. Security, moreover, is a human right, and thus respect for one right might lead us to betray another« (Ignatieff 2004: 21).

Dass die FoltergegnerInnen dieser »Gegenmoral« wenig entgegensetzen konnten, lag aber nicht nur am Rückzug auf angreifbare Kosten-Nutzen-Argumente, sondern auch an der erfolgreichen Etablierung eines neuen Vokabulars durch die FolterbefürworterInnen von Regierungsmitgliedern bis hin zu MedienvertreterInnen und BürgerInnen. Zum einen wurden potenzielle Folteropfer durch abwertende Bezeichnungen oder »Versachlichungen« diskursiv entmenschlicht. Durch die konsequente Verwendung von Euphemismen wie *high value targets* oder Gefangenen mit *high intelligence value*, die sich v. a. in Regierungsdokumenten fanden, sollte der Eindruck erweckt werden, ethische Grundüberzeugungen, die einmal zur Abschaffung der Folter als Rechtspraxis geführt hätten, seien heute nicht mehr anwendbar: Waren frühere Folterungen v. a. deshalb als barbarisch eingestuft worden, weil bei dem Versuch, Geständnisse von Tatverdächtigen über *bereits begangene* Taten zu erpressen, um die Schuldfrage vor Gericht klären zu können, immer auch Unschuldige zu Schaden gekommen waren, so sollten Folterungen nun der *Informationsbeschaffung* zur *Prävention* von Gewaltakten dienen und ausschließlich bei Personen angewandt werden, die im Umfeld von Terrororganisationen agierten, also von vornherein als »schuldig« angesehen wurden. So stellte etwa Senator James Inhofe während einer Kongressdebatte im Hinblick auf die Gefangenen in *Abu Ghraib* fest, diese seien nicht unbedingt zu Unrecht gefoltert worden, denn:

»The idea that these prisoners – you know, they’re not there for traffic violations. If they’re in cell block 1-A or 1-B, these prisoners, they’re murderers, they’re terrorists, they’re insurgents. Many of them probably have American blood on their hands. And here we’re so concerned about the treatment of those individuals« (Inhofe 2004).

Diese auch von einigen FoltergegnerInnen akzeptierte Argumentationsweise war für die Gültigkeit des Foltertabus insofern verheerend, als hier sprachlich eine neue Kategorie »folterbarer« Menschen geschaffen wurde, die mit der Vorstellung *natürlich* gegebener Rechte *jedes* Menschen nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

Neben der »Entmenschlichung« von Folteropfern wurden weitere Euphemismen zur Umschreibung der (geforderten oder bereits angewandten) Folterpraxis entwickelt, die sich im Folterdiskurs zunehmend durchsetzten. So gab John Ashcroft an, die neuen Praktiken dienten dazu »[to] set favorable conditions for successful interrogation and exploitation of internees« (Ashcroft 2004), während es Donald Rumsfeld – wie der Großteil der DebattenteilnehmerInnen – vorzog, die »Vorkommnisse« in *Abu Ghraib* als »abuses« zu bezeichnen und während eines *hearings* betonte: »I'm not going to address the ›torture‹ word.«³⁹ Diese Umdefinierung war besonders problematisch, weil das früher tabuisierte Nachdenken über eine genaue Unterscheidung von Foltermethoden und solchen, die »nur« unmenschliche Behandlung darstellen, enttabuisiert und zu einem wichtigen Gegenstand des öffentlichen Diskurses gemacht wurde.⁴⁰ Gleichzeitig wurde mit der neuen Wortwahl (implizit) die Annahme verbreitet, Praktiken unterhalb der Folterschwelle – so genannte *lite* oder *mild torture*, wie etwa psychologische Misshandlungen oder Schlafentzug – seien weniger verboten und deshalb eher legitimierbar. Zwar versuchten VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen, der Etablierung solcher Formeln entgegenzuwirken,⁴¹ doch forderten im Verlauf der Diskussion auch zunehmend FoltergegnerInnen wie z. B. Senator Orrin Hatch, endlich klare Grenzen zwischen illegalen Verhörmethoden (sprich Folter) und rechtlich vertretbaren (im Sinne der neuen Kategorie *torture lite*) zu ziehen:

»We need more discussion about where and by whom the line should be drawn between permissible aggressive interrogation techniques, and when interrogation becomes torture« (zitiert nach Ashcroft 2004).

Durch das Übernehmen der neuen Wortwahl wurde es im Verlauf des Diskurses also möglich, Folterpraktiken zunehmend auszudifferenzieren und somit zum Teil aus dem »Schutzbereich« des Tabus heraus zu definieren.

Letztendlich leistete gerade die Einführung dieser neuen Kategorien auch der Annahme Vorschub, dass Folterungen in manchen Fällen doch mit der Identität einer »zivilisierten« Nation vereinbar seien. Hinzu kam, dass es über die Jahre hinweg auf allen Seiten zunehmend als normal empfunden wurde, eine Diskussion über eine mögliche Legitimierung von Folter zu führen, ja die Auseinandersetzung selbst von FoltergegnerInnen (wie Redakteuren der NYT) als *notwendig* angesehen wurde: »The search for an effective way to combat the very real threat of terrorism has

39 Zitiert nach Sontag, Susan: Regarding The Torture Of Others, in: NYT, 23.5.2004.

40 Der Unwille, sich mit den Einzelheiten von Foltertechniken auseinanderzusetzen und die nachfolgende Tabuisierung solcher Diskussion setzte bereits im 17. Jahrhundert ein. So empfanden es die Autoren eines neuen französischen Strafgesetzbuches von 1670 als äußerst indezent, alle erlaubten Folterarten zu nennen oder gar zu diskutieren (Schmoekel 2000: 490).

41 So wies der Leiter des Bellevue-Programms für Folteropfer in New York, Allen S. Keller, darauf hin, dass Folterungen immer darauf abzielten, die Würde des Opfers zu verletzen und der Grad des »Eingriffes« somit unerheblich sei. Siehe seine beiden Leserbriefe »Torture Is Barbarism«, in: NYT, 10.3.2003 und »Cries of Outrage Over Guantanamo«, in: NYT, 2.12.2004.

forced Americans to confront such uncomfortable questions.«⁴² Das Denkverbot, das das Nachdenken über Folter als möglicherweise (re-)legitimierbares Mittel so lange als *unthinkable* hatte erscheinen lassen, wurde hiermit ausgehebelt. Dabei unterstrichen interessanterweise gerade die *norm challengers* mit ihrer Wortwahl, dass die Debatte über Folter zuvor undenkbar gewesen sei und verwiesen damit indirekt auf die (frühere) Gültigkeit des Tabus.⁴³ Gleichzeitig führte der Verweis auf die mögliche moralische *Angemessenheit* von Folter in Ausnahmefällen wie dem *ticking bomb scenario* letztlich auch unter FoltergegnerInnen zu der Einsicht, dass eine Letztbegründung für eine Ablehnung von Folter in jedem denkbaren Fall schwer zu finden ist. War es früher also undenkbar gewesen, für Folter zu argumentieren, drehte sich die Diskurskonstellation im Laufe der Debatte geradezu um, da die unbedingte Einhaltung des Folterverbots zunehmend als rationalerweise nicht mehr zu vertretende »Extremposition« und deren »naive« VerfechterInnen als »hopelessly ›Sept. 10‹ – living in a country that no longer exists« angesehen wurden.⁴⁴ Richard Posner, Mitbegründer der *University of Chicago Law School*, wies bereits 2004 darauf hin, dass die Position absoluter Foltergegnerschaft ohnehin nur noch von den »most doctrinaire civil libertarians« vertreten würde.⁴⁵ So muss festgestellt werden, dass »it is clear that this taboo has been significantly eroded« (Allen 2005: 1).

3.3. *Nukes in Pandora's box: Das nukleare Tabu*

Die Überzeugung von der globalen Existenz eines nuklearen Tabus, worunter gemeinhin das ungeschriebene, d. h. nicht-verrechtlichte⁴⁶ Verbot des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen verstanden wird (Paul 1995; Tannenwald 1999, 2005) hatte sich seit Beginn der 50er Jahre sowohl in der Politikwissenschaft als auch bei politischen

-
- 42 Slackman, Michael: What's Wrong With Torturing a Qaeda Higher-Up, in: NYT, 16.5.2004.
 - 43 Die Bezeichnung *norm challenger* schlagen wir als Pendant zu *norm entrepreneurs* vor, denen bei der Normentstehung eine wichtige Rolle zukommt. Als solcher bezeichnete sogar Alain Dershowitz, der eine Legalisierung von Folter schon früh gefordert hatte, das Nachdenken hierüber als »so horrible that our mind rebels even at the notion of thinking about such evil options« (Dershowitz 2002: 133).
 - 44 Alter, Jonathan: Time to think about torture. It's a new world, and survival may well require old techniques that seemed out of the question, in: Newsweek, 5.11.2001.
 - 45 Posner, Richard A.: The Best Offense, in: The New Republic, 2.8.2002.
 - 46 Es gibt keine Rechtsnorm, die explizit den Nuklearwaffeneinsatz verbietet, wie es z. B. die Konvention gegen den Einsatz von Chemiewaffen tut. Der Internationale Gerichtshof argumentierte zwar 1996, der Einsatz von nuklearen Waffen sei implizit mit den Grundsätzen des Völkerrechts (konkret: mit den Prinzipien der UN-Charta, dem humanitären Völkerrecht und dem Gewohnheitsrecht) unvereinbar, konnte aber nicht abschließend feststellen, dass es unter allen Umständen illegal sei, Nuklearwaffen einzusetzen. Ausnahmen könnten z. B. die Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta, wenn das Überleben eines Staates in Gefahr sei; oder auch der so genannte *clean nuclear use* kleiner Nuklearwaffen, der nicht zwangsläufig mit dem humanitären Kriegsrecht (Genfer Konventionen von 1864, 1906, 1929 und 1949) kollidiere, darstellen (Farrell/Lambert 2001: 309f).

Entscheidungsträgern sukzessive durchgesetzt. Erstmals belegt ist die Verwendung dieser Bezeichnung von politischen Praktikern, als der damalige US-amerikanische Außenminister John Foster Dulles 1953 seine Mitarbeiter auf die Notwendigkeit der Beseitigung des nuklearen Tabus hinwies und ihm somit Rechnung trug (ohne von seiner Richtigkeit überzeugt zu sein). Auf wissenschaftlicher Seite stellte Thomas Schelling (1960) die Rolle der *Wahrnehmung* für diese Norm heraus, indem er die ihr zugrunde liegende Überzeugung, Nuklearwaffen hätten einen grundsätzlich *anderen* Charakter als andere, konventionelle Waffen, als eine traditionell – und nicht oder zumindest nicht nur rational – begründete und zudem stark normativ aufgeladene Konstruktion erkannte.⁴⁷ Die Besonderheit von Nuklearwaffen begründet sich demnach allein darauf, dass »sie als einzigartig *wahrgenommen* werden« (Daase 2003: 10, Hervorh. dort). Ferner entfalte das Tabu neben der regulativen, auf den *Umgang* mit Nuklearwaffen zielenden, auch eine auf die *Identität* des Akteurs Einfluss nehmende Wirkung: So sei seine Anerkennung zu einem wichtigen Element des Selbstverständnisses eines Staates als zivilisiertes Mitglied der internationalen Gemeinschaft geworden (Gong 1985).

Zwar handelt es sich beim nuklearen Tabu um eine weltweit geteilte Norm, doch in den USA, dem Land, das Atombomben als erstes entwickelt und als einziges im Krieg eingesetzt hat, wurde es aufgrund seiner moralischen, aber auch technologischen Aspekte zu einem identitätsprägenden, während der letzten Jahrzehnte des *non-use* gewachsenen Wert (Gray 2000: 120).⁴⁸ »Every president since Truman relegated the bomb to a category unto itself, to be locked away unless the nation's very survival were at stake.«⁴⁹

Nuklearwaffen sind – ganz im Sinne Freuds – »unberührbar«, weil sie ihre Rolle als Mittel der militärischen Kriegsführung nach zwei Einsätzen eingebüßt haben und somit nicht mehr verwendet, sondern lediglich (als Abschreckungsmittel) bewahrt werden. Doch selbst ihr Besitz steht nur sehr wenigen Akteuren, denen ein rationaler Umgang mit den Waffen zugetraut wird, zu, wodurch der Status dieser Staaten dem von »Hohepriestern« gleichkommt.⁵⁰ Ferner sind sie »heilig« und »verflucht« zugleich, erwecken sie doch so sehr die Angst vor vollständiger Vernichtung der Menschheit durch sich selbst wie sie durch ihre Abschreckungskraft auch als »Schutzgeist« bestimmter Nationen, ja der ganzen Menschheit gelten können (Quester 2000: 7; Mlyn 2000: 206f). So wie das Folterverbot keine Ausnahmen kennt, sind auch *alle* Nuklearwaffen (unabhängig z. B. von ihrer Sprengkraft, Reichweite und Strahlung) mit dem Einsatzverbot belegt.

Zu den Kernelementen des nuklearen Tabus zählt also erstens der besondere Status von Nuklearwaffen als geächtete und geachtete, apokalyptisch gefürchtete und gleichzeitig die Apokalypse verhindernde Waffen. Zweitens besteht eine – über die

47 So kamen beim Einsatz von Brandbomben gegen Tokio mehr Menschen ums Leben als beim Atombombenabwurf auf Hiroshima.

48 Zur Tabuentstehung in den USA siehe ausführlich Tannenwald (2005).

49 Adler, William M.: News! Nukes are back. The Bush Administration Plans For the Next (Little) Nuclear Wars, in: Austin Chronicle, 16.1.2004.

50 Zu diesem Vergleich siehe ausführlich Daase (2003).

technische Unterscheidung dieser Waffengattungen hinausgehende – scharfe *moralische* Trennung zwischen konventionellen und nuklearen Waffen, wobei Letztere eine mit Attributen wie »undenkbar«, »inhuman« und »besonders tödlich« besetzte Waffenkategorie darstellen. Drittens dienen Nuklearwaffen ausschließlich der Abschreckung bzw. notfalls der Verteidigung. Sie gelten als *weapons of last resort*, deren Einsatz nur in zwei Fällen als denkbare Option in Frage kommt: Entweder als Reaktion auf einen erfolgten nuklearen Erstschlag oder als letzte Möglichkeit, das Überleben des eigenen Staates zu sichern.

3.4. Rückkehr eines »Monsters«? Erosion des nuklearen Tabus in den Vereinigten Staaten

3.4.1. Akteurskonstellation und Verlauf der Nukleardebatte

Anders als die Möglichkeit von Folterungen war das Thema Nuklearwaffen nie aus der US-amerikanischen öffentlichen Debatte verschwunden, was sich in den Trefferzahlen zu einschlägigen Stichworten zeigte⁵¹ – die Schwerpunkte der Diskussionen haben sich im Laufe der Zeit jedoch verlagert: Die in den 1990er Jahren immer wieder geäußerten Abrüstungsabsichten waren bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraumes durchgängig präsent, wurden jedoch seit Beginn des neuen Jahrtausends parallel zum intendierten Aufbau neuer Waffensysteme vorgebracht, mittels derer der militärische Einsatz von Nuklearwaffen zu einer denkbaren und durchführbaren Option werden sollte. Daneben gewannen unilaterale Strategien der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (WMD), wie die Drohung, WMD-Depots durch nukleare Angriffe zu zerstören, gegenüber vertragsbasierten, multilateralen Nicht-Proliferationsbemühungen immer mehr an Gewicht.⁵²

Erste Erosionstendenzen des nuklearen Tabus deuteten sich schon in den 1990er Jahren in verschiedenen Diskussionen an: Die von Präsident Clinton 1997 herausgegebene *Presidential Decision Directive* (PDD-60) sah nukleare Reaktionen auch auf Angriffe mit anderen Massenvernichtungswaffen vor (vgl. Müller/Sohnius 2006:

- 51 So hat die Suche nach den Stichworten *bunker buster*, *nuclear taboo*, *nuclear posture*, *mini-nukes*, *nukes* in den Basisdokumenten durchschnittlich ca. 114 Treffer pro Jahr erbracht, wobei das Jahr 2000 mit 72 Fundstellen die geringste, 2002 hingegen mit 179 die höchste Treffermenge aufwies. In den Jahren 1995–2001 betrug die durchschnittliche jährliche Treffermenge 92 Treffer, 2002–2005 waren es schon 151. Diese Zahlen sollen in erster Linie einen Eindruck von der gesichteten Datenmenge vermitteln und nicht zu dem Fehlschluss verleiten, das Ausmaß der Debatte ließe sich anhand von ihnen exakt bestimmen, obwohl sie sicherlich auf eine Intensivierung hindeuten.
- 52 Die wieder zunehmende Bedeutung von Nuklearwaffen spiegelte sich in der Verteilung der Dokumente auf den Analysezeitraum wider: Während nur etwas mehr als ein Fünftel von ihnen aus den ersten sieben Untersuchungsjahren (1995–2001) stammte, verteilten sich die übrigen 80% auf die letzten vier Jahre (2002–2005). Im letztgenannten Zeitraum wiederum erreichte die Diskussion im Jahr 2002 mit 220 erfassten Argumenten, die fast 40% der Analyseeinheiten im Erosionszeitraum ausmachten, ihren quantitativen Höhepunkt.

10), nukleare *bunker buster* wie die B61-11 sollten die Einsatzmöglichkeiten von Nuklearwaffen erweitern.⁵³ Als im Herbst 1999 der US-Senat die Ratifikation des *Comprehensive Test Ban Treaty* (CTBT) verweigerte, ging es vorwiegend um die Angst, die Zuverlässigkeit des *bestehenden* Arsenalns nicht sicherstellen zu können.⁵⁴ Die Notwendigkeit von Tests für *neue* Waffenentwicklungen spielte in diesem Zusammenhang eine bestenfalls marginale Rolle, doch bereits im Sommer 2000 verlangte der Senat, Forschungen zu einem neuen *bunker buster*, dem *Robust Nuclear Earth Penetrator* (RNEP), aufzunehmen; ferner erschienen in den Jahren 2000 und 2001 mehrere Strategiepapiere, die die Entwicklung neuer Nuklearwaffen und Vorbereitungen auf neue Einsatzszenarien als notwendig erachteten.⁵⁵ Entscheidend war jedoch bei allen im letzten Absatz geschilderten Fällen, dass es sich um ein jeweils punktuelles und begrenztes Aufflammen handelte, das nicht zu einer breiten Diskussion führte.⁵⁶

Die Ursache der raschen Intensivierung der Debatte im Jahr 2002 war unschwer zu erkennen: Im März 2002 druckte die LAT Passagen der nicht für die Öffentlichkeit vorgesehenen *Nuclear Posture Review* (NPR) ab, nachdem ihr Kolumnist William J. Arkin in den Besitz einer Kopie gelangen konnte.⁵⁷ Dieses 2001 von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld angeforderte und vom US-Kongress mandatierte nuklearstrategische Dokument benannte potenzielle Zielländer (die »Achse des Bösen« – Irak, Iran, Libyen, Nordkorea und Syrien – sowie Russland und China) für Nuklearschläge und lotete neue Verwendungsmöglichkeiten für Nuklearwaffen aus.

Anschließend entwickelte sich eine hitzige Debatte, die sich, verknüpft mit den Stichworten *mini-nukes*⁵⁸ bzw. RNEP und immer wieder angefacht durch diesbezügliche Budgetentscheidungen im US-Kongress, um die Frage drehte, wie notwendig, wünschenswert oder gefährlich die Entwicklung neuer bzw. die Modifikation alter Nuklearwaffen sei, deren wichtigste Eigenschaft ihre erhöhte militärische Einsetzbarkeit werden sollte. Die Debatte bedeutete einen klaren Bruch des nuklearen Tabus, das nun nicht mehr für *alle* Nuklearwaffen galt, sondern mittels einer diskursiven Differenzierung *innerhalb* des nuklearen Bestandes auf einen (veralteten) Teil davon beschränkt werden sollte. Wieso auch neue nukleare Waffentechnologien den

53 Zur Weiterentwicklung der Nuklearbombe B61-7 zu B61-11, die nun tiefer eindringen konnte und zudem weniger *fallout* erwarten ließ, siehe Wald, Matthew M.: U.S. Refits a Nuclear Bomb To Destroy Enemy Bunkers, in: NYT, 31.5.1997.

54 Zum Scheitern des CTBT siehe ausführlich Deibel (2002).

55 Vgl. Pincus, Walter: Senate Bill Requires Study of New Nuclear Weapon, in: WP, 12.6.2000 und die Studien der Direktoren der Nationalallabors Los Alamos und Sandia: Younger (2000) und Robinson (2001); außerdem National Institute for Public Policy (2001).

56 Die Anzahl der Dokumente, die zu diesen Zeitpunkten veröffentlicht wurden, indiziert die fehlende mediale Beachtung: Fünf Artikel aus den Jahren 1997 und 1998, die sich der B61-11 widmeten, sowie jeweils zwei aus 2000 und 2001, die die Aufnahme neuer Studien thematisierten. Als die Diskussion ab 2002 verstärkt in Gang kam, wurde den Papieren mit einiger Verspätung doch noch öffentliche Aufmerksamkeit zuteil.

57 Der erste Artikel von Paul Richter erschien unter dem Titel »U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms« am 9.3.2002.

58 Als *mini-nukes* werden taktische Nuklearwaffen mit einer verhältnismäßig geringen Sprengkraft bezeichnet.

gleichen Beschränkungen unterliegen sollten wie »very large, very dirty, big nuclear weapons«,⁵⁹ musste *argumentativ begründet* werden – das Ende der unhinterfragten und absoluten Geltung des nuklearen Tabus werten wir als zentrales Erosionskriterium.

Obwohl mit der NPR ein Regierungspapier zum Anlass der Debatte wurde, scheint es aus mehreren Gründen schwierig, die Erosion des nuklearen Tabus uneingeschränkt als einen klassischen *top-down*-Prozess zu betrachten. Das Dokument bringt zwar zum Ausdruck, dass das nukleare Einsatzverbot in der Administration selbst keineswegs (mehr) als internalisierte Norm gelten konnte, dennoch wäre es gewagt, der Regierung eine breite Erosionsabsicht zu unterstellen, weil davon auszugehen ist, dass eine Veröffentlichung der NPR überhaupt nicht vorgesehen war. Die dadurch entfachte Diskussion scheint auf Regierungsseite nicht als ein willkommenes *window of opportunity* zur Beseitigung des nuklearen Tabus wahrgenommen worden zu sein, vielmehr verdeutlichte ihre erste Reaktion das Bestreben, die Debatte einzudämmen und die Bedeutung des Dokuments herunterzuspielen. So erklärte Vizepräsident Dick Cheney, das Papier gebe lediglich »some idea of directions we'd like to move in the future«,⁶⁰ und der damalige Außenminister Colin Powell betonte bei einem Fernsehauftritt, eine Prüfung unterschiedlicher Handlungsoptionen sei völlig normal und werde permanent durchgeführt:

»We're always reviewing our options – military options, conventional weapons, nuclear weapons. [...] And one of the things we're required to by Congress is make a review of our nuclear weapons posture.«⁶¹

Die Chance, eine sich ankündigende nuklearstrategische Wende argumentativ zu unterstützen, wurde zunächst nicht von der Regierung, als vielmehr von StrategInnen unterschiedlicher *policy*-Institute wie auch von Direktoren der Nationallabors, die die Anwaltschaft für die angestrebten nuklearstrategischen Veränderungen übernahmen, ergriffen. So zitierte die LAT den Verteidigungsanalysten der konservativen *Heritage Foundation*, Jack Spencer, der die NPR als »the right way to develop a nuclear posture for a post-Cold War world« begrüßte.⁶² Auch einige Politiker hatten offen zugegeben, dass Militärstrategen »more broadly« über Verwendungsmöglichkeiten von Nuklearwaffen nachdächten.⁶³ In den darauf folgenden Tagen äußerten sich weitere Akteure, z. B. der Chairman der Vereinten Stabschefs sowie einige (Gast-)KommentatorInnen der LAT und der UST zustimmend über die – offenkun-

59 Donald Rumsfeld zitiert in: Scott Tyson, Ann: »Bunker Buster« Casualty Risk Cited, in: WP, 28.4.2005.

60 Zitiert in: Gordon, Michael R.: A Nation Challenged: Diplomacy, in: NYT, 12.3.2002.

61 CBS: Secretary of State Colin Powell Discusses the Violence in the Middle East and the War on Terrorism, Transkript der Sendung »Face the Nation« vom 10.3.2002.

62 Richter, Paul: U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms, in: LAT, 9.3.2002.

63 Etwa die Senatoren John W. Warner (Rep.) und Joseph I. Lieberman (Dem.), zitiert in Richter, Paul: U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms, in: LAT, 9.3.2002.

dig gewordene, doch von ihr selbst verharmloste – Regierungslinie.⁶⁴ Dass diese Akteure nun überhaupt öffentlich normkritische Standpunkte einnehmen konnten, deutet darauf hin, dass sie die Gültigkeit des Tabus auch in der Öffentlichkeit bereits als geschwächt ansahen oder zumindest meinten, das Potenzial zu erkennen, dieses diskursiv zu unterlaufen, ohne mit hohen politischen Kosten rechnen zu müssen.

Es erscheint fast paradox – und tragisch – dass das *window of opportunity* durch fortwährende Thematisierung auch und gerade von denjenigen NormbefürworterInnen quer durch alle Akteursgruppen »geöffnet« und »offen gehalten« wurde, die das nukleare Tabu schützen wollten und die neuen Entwicklungs- und Einsatzpläne der Administration als gefährlich und skandalös empfanden. Bereits im ersten Bericht der NPR-Debattenwelle wurden in der LAT alarmierte VertreterInnen von abrüstungsnahen Thinktanks wie der Nuklearwaffenexperte John Cirincione zitiert, die den Wunsch nach kleineren Nuklearwaffen als ein Zeichen dafür interpretierten, dass »the Bush administration is more willing to overlook a long-standing taboo against the use of nuclear weapons except as a last resort.«⁶⁵ Indem sie sich rege an der Auseinandersetzung beteiligten und sich auf rationale (Effektivitäts-)Argumentationen einließen, haben sie einen Fortgang der Diskussion gesichert und sind damit unfreiwillig selbst zu *entrepreneurs* der Erosion geworden.

Nach der mehrere Wochen andauernden NPR-Kontroverse kam es im Januar 2003 – und damit im Vorfeld des Irak-Krieges – zum nächsten Skandal, als der LAT-Kolumnist Arkin verkündete, Militärplaner spielten nukleare Optionen für den bevorstehenden Angriff durch.⁶⁶ In der Tat knüpfte der Stabschef des Weißen Hauses, Andrew H. Card, in einem NBC-Interview offensichtlich an die schon einmal 1991 gegen Hussein erfolgreich angewendete Abschreckungsstrategie an und entgegnete auf die Frage, ob auch nukleare Mittel zur Debatte stünden, er werde nichts ausschließen:

»I'm not going to put anything on the table or off the table, but we have a responsibility to make sure Saddam Hussein and his generals do not use weapons of mass destruction.«⁶⁷

Kurz darauf gaben Präsident Bush und Verteidigungsminister Rumsfeld bekannt, der Forderung der NPR nachzukommen und Forschungen zu *low-yield-weapons* aufzunehmen, worauf einige aufgeregte Leserbriefe und Zeitungsartikel folgten, die den beiden »madmen« ein moralisches Bewusstsein absprachen.⁶⁸ Davon unbeirrt,

64 So führte die LAT aus, militärische Planungen wie die NPR seien üblich und notwendig, können aber nur ein erster Schritt sein. Der Direktor des *Center for Security Policy*, Frank Gaffney Jr., charakterisierte die NPR als eine längst überfällige sowie »important – and laudable departure from recent policies toward nuclear weapons«, Pinkerton, James P.: Unthinkable, but Not Unusual, in: LAT, 12.3.2002; Gaffney Jr., Frank: Nuclear Reform Overdue, in: UST, 13.3.2002.

65 Richter, Paul: U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms, in: LAT, 9.3.2002.

66 Arkin, William: The Nuclear Option in Iraq, in: LAT, 26.1.2003.

67 NBC: Andrew Card discusses the State of the Union, the situation in Iraq, affirmative action and Title IX, Transkript der Sendung »Meet the Press« vom 26.1.2003.

68 Leserbrief »Dr. Strangelove Is Living in the White House«, in: LAT, 28.1.2003 sowie Kristof, Nicholas D.: Flirting With Disaster, in: NYT, 14.2.2003.

legte die Regierung für das Jahr 2004 dem Kongress einen Haushalt vor, der 15 Millionen USD allein für Forschungen zum RNEP vorsah – ein Posten, der in den kommenden Jahren für die Weiterführung der Nukleardiskussion sorgte.⁶⁹ Die geforderte Summe wurde im Mai gegen den Widerstand der Demokraten im Senat bewilligt, womit auch das 1992 vom US-Kongress verhängte nationale Testmoratorium fiel.⁷⁰ Damit begann ein über das Budgetierungsrecht ausgetragenes Tauziehen um die Ausrichtung der US-Nuklearpolitik, in dem die beiden Kammern des Kongresses immer wieder Finanzierungsbeschlüsse aufhoben, die Mittel kürzten und erneut aufstockten – symptomatisch für die große Uneinigkeit über die in Zukunft einzuschlagende Richtung. Auch wenn der RNEP im Haushaltsentwurf 2007 nicht mehr vorkam, ist dennoch alles andere als sicher, ob der ungradlinig verlaufende Weg der nuklearpolitischen Wende hiermit beendet wurde oder die Forschungen lediglich unter anderen Bezeichnungen fortgesetzt werden.⁷¹

3.4.2. Argumentative Schwächung des nuklearen Tabus

Wenn auch die Ansicht, die Vereinigten Staaten befänden sich »in time of war«,⁷² im Rahmen der Nukleardebatte selten derart explizit formuliert wurde, war doch der gesamte Diskurs durchzogen von Bedrohungsanalysen und Kriegsszenarien. Hierbei wurde eine deutliche Kontrastierung zur Stabilität und zur »predictable [...] balance of terror«⁷³ des Kalten Krieges vorgenommen, nach deren Ende sich die USA mit einer neuen Weltordnung, gekennzeichnet vor allem durch einen »irreducible level of uncertainty« (Payne 2003: 3) konfrontiert sahen. Für das neue Sicherheitsdilemma sei, nachdem man »seinen besten Feind verloren« (Powell 1996: 446) habe, vor allem die Bedrohung durch neue Akteure verantwortlich. Einerseits führten »lunatics« wie Saddam Hussein »Schurkenstaaten« an, andererseits hätten terroristische »fanatics« und »religious zealots, who never experienced a reformation«, den

69 Angabe nach: Federal Document Clearing House Congressional Testimony, Fiscal 2004 Defense Authorization: Strategic Forces, 8.4.2003. Vgl. zu den Vorgängen im Frühjahr 2003 auch Hulse, Carl/Dao, James: Cold War Long Over, Bush Administration Examines Steps to a Revamped Arsenal, in: NYT, 29.5.2003.

70 Zum Teststoppbeschluss hatte damals der öffentliche Aufschrei in Folge der Aufdeckung der Pentagon-Planungen zum Bau von *mini-nukes* geführt; die Regierung reagierte auf den Druck, indem sie die Beendigung aller laufenden Entwicklungsprogramme für Nuklearwaffen erklärte (siehe auch Müller/Schaper 2003: 15f).

71 So wurden für das Jahr 2007 z. B. Forschungsgelder für das *Hard and Deeply Buried Target Defeat System* beantragt; nukleare *bunker busters* werden darin nicht explizit erwähnt, dennoch sind einige der Ansicht, dass auch nukleare Komponenten von diesem Forschungsprogramm gedeckt seien, siehe Bruno, Michael: RNEP Funds Not Requested for FY '07, But Similar Program Boosted, in: Aerospace Daily & Defense Report, 10.2.2006.

72 Editorial »Nuclear Posturing«, in: WSJ, 14.3.2002.

73 Energieminister Spencer Abraham in seinem Gastkommentar »Facing a New Nuclear Reality«, in: WP, 21.7.2003.

Beginn eines »age of catastrophic terrorism« eingeläutet,⁷⁴ in dem eine Ausweitung der eigenen Handlungsspielräume als eine unumgängliche Notwendigkeit präsentiert wurde: »With many of the new and emerging threats in the world, we cannot afford to be ill-prepared.«⁷⁵ Entsprechend sollte jede Waffe, die Schutz verspricht, zur Verfügung gestellt werden:

»Here's a news flash: We are at war with large numbers of covert groups that do indeed want to do us harm. If we can develop any weapons that can destroy their capabilities before they do us the harm they wish to inflict, then I say let's build them and quickly!«⁷⁶

Die Problematik werde durch die Annahme verschärft, die staatlichen wie nicht-staatlichen Akteure strebten den Besitz von biologischen, chemischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen an (wenn man sie nicht bereits im Besitz solcher Kampfmittel glaubte). Die diskursive Triade aus »Schurkenstaaten«, Terroristen und Massenvernichtungswaffen wurde zu einem zentralen, häufig als Einheit verwendeten Element des Bedrohungsdiskurses,⁷⁷ das besonders in (auch im Folterdiskurs prominenten) *ticking-bomb*-Szenarien – wahlweise mit »Schurken« oder Terroristen in der Hauptrolle, die unmittelbar vor dem Bau oder sogar dem Einsatz einer Massenvernichtungswaffe stehen – Verwendung fand. Vor diesem Bild wurden, wie im folgenden Zitat, Argumente *gegen* eine nukleare Verteidigung eingefordert:

»Suppose, for example, that the United States had just suffered the loss of 100,000 lives in a biological warfare attack, that it not only knew the identity of the rogue state attacker but also had reliable intelligence it was preparing additional attacks on U.S. territory – and that these weapons could be destroyed only with nuclear weapons. Under these conditions, why shouldn't the president have the option of limiting further American deaths?«⁷⁸

Vor dem Hintergrund des wachsenden Druckes der Terrorismus- und Proliferationsbekämpfung rückten also neue Ziele, die Nuklearforschungen rechtfertigten sollten, in den Vordergrund militärischer Planungen: zum einen verbunkerte Waffenproduktions- und Lagerungsdepots, zum anderen aber auch schwer zugängliche Terroristenverstecke wie die Berghöhlen Afghanistans.⁷⁹ Die Tatsache, dass einige Akteure

74 Editorial »Bunker Busting Myths«, in: WSJ, 20.10.2000; Leserbrief-Sample »How Can We Threaten A Fearless Enemy«, in: WSJ, 3.11.2005; Leserbrief des Direktors des *Western Policy Center*, John Sitalides: Carrying Out A Nuclear Attack, in: LAT, 16.3.2002.

75 Dies stellte z. B. der republikanische Senator James Inhofe, der ähnlich die Foltermemos der Regierung rechtfertigte, heraus; zitiert in: Squitieri, Tom: Senate OKs Ending Ban on Nuclear Research, in: UST, 21.5.2003.

76 Leserbrief-Sample »Wrong Song, Sung by the Wrong Senator«, in: WSJ, 2.11.2004.

77 Siehe u. a. Payne, Keith B.: NPR Moves U.S. Beyond »Balance of Terror«, in: Defense News, 15.3.2004 und die Meldung »Candidates point to nuclear danger. Will they rein it in?«, in: UST, 4.10.2004.

78 Die Verteidigungsstrategen Richard Sokolsky und Eugene B. Rumer in ihrem Gastkommentar »«Nuclear Alarmists», in: WP, 15.3.2002; ähnlich der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich in seinem Beitrag »Consider Enemy Threat«, in: UST, 13.8.2003.

79 Nach Aussage seiner Sicherheitsberaterin behalte sich der Präsident die Option vor, kleine Nuklearwaffen gegen »tougher caves in Afghanistan« zu verwenden. Vgl. NBC: Condoleezza Rice Discusses the War on Terrorism and Violence in the Middle East, Transkript der Sendung »Meet the Press« vom 10.3.2002.

offen spekulieren konnten, nukleare *bunker buster* »could have killed Osama bin Laden as he hid in the caverns of Tora Bora, with zero loss of American military force« (Banescu 2004) verdeutlicht, dass zumindest für einige Akteure Nuklearwaffen ihren Sonderstatus eingebüßt hatten und nur noch als besonders effektives Kampfmittel angesehen wurden – das Grauen der Atombombenabwürfe scheint im Laufe der Zeit tatsächlich in Vergessenheit geraten zu sein (Quester 2005: 80).

Nukleartechnologische Forschungsprogramme sollten WMD nicht nur zerstören, sondern bereits von ihrer Aneignung abschrecken, wobei sich die Regierung dem Vorwurf ausgesetzt sah, gerade dadurch ihre Glaubwürdigkeit als Nicht-Verbreitungs-Agentin zu verlieren und andere Akteure geradewegs zu provozieren, den Besitz von WMD anzustreben, um gegenüber dem modernen US-Arsenal über ein effektives Abschreckungsinstrument zu verfügen.⁸⁰ Die Argumentation der Gegenseite lässt sich in mehrere Stränge unterteilen: Erstens könnte gerade der Abbau oder schon die technologische Stagnation des eigenen nuklearen Bestandes proliferationsfördernd wirken, würden feindliche Staaten doch hierin die Chance wittern, aufgrund einer so bedingten Schwäche der Supermacht ungestraft aufrüsten zu können. Zweitens könnten auch bei befreundeten, unter dem Schutzschild der USA stehenden Staaten Zweifel an deren Verteidigungsfähigkeit aufkommen, was sie zu eigenen Rüstungsmaßnahmen bewegen könnte.⁸¹ Drittens sei die Hoffnung auf eine *tit-for-tat*- Situation genauso absurd wie im Fall von Folter. Man könne mit eigenen Nuklearentscheidungen weder Proliferationskalküle von *rogues* beeinflussen noch Terroristen als positives Vorbild dienen, wie das folgende Zitat karikiert:

»I have yet to hear a public announcement from a terrorist group that says, ›Hey the United States has decided not to develop new weapons that could hurt our cause. Great idea! Think we'll do the same!«⁸²

Parallel dazu wurden Abschreckungsanforderungen vor allem entlang zweier Fragen diskutiert – erstens, inwiefern die USA noch abschreckend wirkten und welche Schritte zu unternehmen seien, um dies sicherzustellen, und zweitens, ob neue Akteure überhaupt abschreckbar seien. In Zusammenhang mit dem Abschreckungspotenzial kam dem (für das Konzept ohnehin zentralen) Gesichtspunkt der Glaubwürdigkeit mit ihren beiden Bestandteilen *Handlungsfähigkeit* und *Handlungswilligkeit* in der Debatte besondere Bedeutung zu, schließlich wurden genau diese als nicht mehr gegeben oder zumindest gefährdet angesehen. So gäbe es nach Auffassung des demokratischen Senators Bob Graham inzwischen »nations and groups adversarial to U.S. interests that have gotten the mind set that the United States is a paper tiger«, weshalb auch einige Demokraten einer »more aggressive nuclear posture« zustimmen könnten, um das Gegenteil zu beweisen.⁸³ Als zentrale Erklärung

80 So der Politikwissenschaftler Richard K. Betts, zitiert in: Schmemann, Serge: Nuclear War Strategists Rethink the Unthinkable, in: NYT, 19.1.2003, außerdem: Savage, David D.: Nuclear Plan Meant to Deter, in: LAT, 11.3.2002; Miller, Greg: Democrats Divide Over Nuclear Plan, in: LAT, 13.3.2002.

81 Zu Strategien der Proliferationsverhinderung »dissuade« und »defense-assurance« siehe Editorial »Bunker Busting Myths«, in: WSJ, 20.10.2004 sowie Payne, Keith B.: Cold War Thinking on Nuclear Policy, in: Washington Times, 16.1.2005.

82 Leserbrief-Sample »Wrong Song, Sung by the Wrong Senator«, in: WSJ, 2.11.2004.

für das Entstehen dieses Eindrucks führten unterschiedliche DiskursteilnehmerInnen an, dass das alte nukleare Arsenal deshalb seine Abschreckungskraft verloren habe, weil die Feinde um die *self-deterrence* der USA wüssten: »The old nukes built during the cold war to roast millions of Russians are probably too destructive to use before Doomsday, and our potential enemies know that.«⁸⁴ »Zu zerstörerisch« seien diese Waffen vor allem in Anbetracht der für das US-Selbstverständnis grundlegenden »priority [...] on avoiding civilian casualties« bei militärischen Angriffen.⁸⁵ Die Stärke des nuklearen Tabus selbst wurde an diesem Punkt zu seiner Achillesferse: Da eine derart starke Norm, weil ihr Bruch unwahrscheinlich ist, Abschreckung unmöglich macht und damit das eigene Überleben zu gefährden scheint, müssen dringend Möglichkeiten geschaffen werden, sie zu schwächen. Neue Waffen, die über die »precise capability to destroy their high-value assets«⁸⁶ verfügen und nicht-militärische Ziele schonen, scheinen diesen Zweck zu erfüllen, können sie doch dem Gegner die Einsatzbereitschaft überzeugend vermitteln und versprechen darüber hinaus, im Einklang mit der Identität der USA zu stehen.

Ab dem Punkt, an dem die Tabuherausforderer die unbedingte Grausamkeit und Amoralität von Nuklearwaffen mit konstruierten Entscheidungssituationen wie dem *ticking-bomb*-Szenario und der »Vision« von präzisen und strahlungsarmen, also sauberen Nukleareinsätzen in Frage gestellt hatten, hatten »tabuschützende« Argumentationsweisen, wie »Nuklearwaffen sind einfach grausam und unmoralisch« nicht mehr überzeugt. Die Rationalisierung der Debatte trug zur Schwächung des Tabus bei: Gerade (scheinbar) rationale Begründungen sind gegen Einwände nicht immun. Wer folglich mit Effektivitätsgesichtspunkten argumentiert und, wie einige Wissenschaftler, entsprechend behauptet, dass eine Nuklearwaffe nicht eingesetzt werden darf, weil sie ihr Ziel gar nicht zerstören kann (Nelson 2001, 2004), den Tod von untragbar vielen Unschuldigen verursachen sowie die Umgebung auf unbestimmte Zeit radioaktiv verseuchen wird,⁸⁷ läuft Gefahr, von der Gegenseite empirisch widerlegt zu werden. Es ist z. B. denkbar, dass durch den technischen Fortschritt etwa die eingeklagte Verhältnismäßigkeit hergestellt und die Diskriminierungsfähigkeit gewährleistet wird, sodass die Behauptung nicht aufrechterhalten werden kann, Nuklearwaffen seien besonders grausam. Im Gegenteil könnten nukleare Einsätze zum Schutz von Menschenleben auf diese Weise als angemessenes Handeln legitimiert werden.

Das Umdenken von nuklearen Drohungen hin zu nuklearen Einsätzen wurde auch durch die zweite große Abschreckungsfrage – ob eine solche Strategie bei neuen Akteuren überhaupt den gewünschten Erfolg hätte – begünstigt. Hatte man sich bei dem alten Gegner auf die *passive* Schutzfunktion der Nuklearwaffen, die Einsätze

83 Zitiert in: Miller, Greg: Democrats Divide Over Nuclear Plan, in: LAT, 13.3.2002.

84 Crowley, Michael: The 3rd Annual Year in Ideas; Bite-Size Nukes, in: NYT, 14.12.2003.

85 Payne, Keith B.: Precise and Powerful. Low-Yield Nukes May Be the Deterrent We Need, in: National Review Online, 17.2.2004.

86 Monroe, Robert R.: New Threats, Old Weapons, Gastkommentar des Navy-Admirals in: WP, 16.11.2004.

87 Der Physiker Richard Garwin, zitiert in: Kristof, Nicholas D.: Flirting With Disaster, in: NYT, 14.2.2003.

verhindern konnten und daher selbst nicht eingesetzt werden mussten, verlassen können, haben sie in Konfrontation mit einem furchtlosen Gegenüber ihre Kraft verloren und können bestenfalls *aktiv* verteidigen. Abschreckungspessimistisch wurde deshalb argumentiert, die Vernichtung der als »too committed, or too accident-prone, or too irrational, or simply too obscure«⁸⁸ wahrgenommenen Terroristen sei die einzige Chance: »Where the Cold War had its policy of ›containment‹, we need a policy of excision«.⁸⁹ Die Zweckbestimmung von Nuklearwaffen als Vernichtungswaffen, die Ausweitung nuklearer Einsatzoptionen und die Tatsache, dass die ehemals absolut geltende Ächtung nur noch einen Teil der Nuklearwaffen betrifft, zeigen, dass das »probably [...] most important taboo in the history of warfare«⁹⁰ erodiert ist.

4. Theoretisierungsansätze unserer Ergebnisse

Vor dem Hintergrund der oben umrissenen Ergebnisse unserer Fallstudien und als Antwort auf unsere eingangs aufgeworfene Frage, wie Normerosionen möglich werden, wollen wir nun vor allem im Hinblick auf zwei Aspekte der Normtheorie, nämlich auf das Internalisierungsstadium und auf die besonderen Merkmale von Tabus, theoretische Schlussfolgerungen vorstellen.

4.1. Komplexer Internalisierungsprozess und norm challengers

Den Ausgangspunkt unserer Überlegungen stellten zwei von uns identifizierte »blinde Flecken« der Normtheorie dar – die Vernachlässigung von *agency* und das theorieinhärente Fortschritts*bias*. Letzteres kommt sowohl darin zum Ausdruck, dass ausschließlich aus (westlich geprägter) normativer Sicht wünschenswerte Normen zum Untersuchungsgegenstand erkoren werden, als auch in der »einbahnstraßenartigen« Fokussierung auf voranschreitende Normentstehungs- und -durchsetzungsprozesse.⁹¹ Unsere fortschrittskeptische Annahme, dass diese Prozesse auch in die Gegenrichtung verlaufen und somit auch internalisierte Normen ihre Qualität der

88 Thompson, Loren B.: The Bush Doctrine, in: WSJ, 13.6.2002.

89 Leserbrief-Sample »How Can We Threaten A Fearless Enemy?«, in: WSJ, 3.11.2005. Umfrageergebnisse brachten ähnliche Tendenzen zum Vorschein: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung sprach sich im Januar 2005 in einer Umfrage der *Gallup Organization* dafür aus, terroristische Lager mit Nuklearwaffen anzugreifen – einige Wochen nach der Veröffentlichung der NPR hätte sogar mehr als die Hälfte einen Nukleareinsatz auf größere Städte derjenigen Länder, die vermutlich Terroristen beherbergten, befürwortet. Vgl. Gallup-Umfrage »January Wave 1«, 7.1.2005-9.1.2005, »March Wave 4«, 22.3.2002-24.03.2002 sowie die Umfragensammlung des Pew Research Center (2005: 30).

90 Direktor des Henry L. Stimson Center, Michael Krepton, zitiert nach: Schmemmann, Serge: Nuclear War Strategists Rethink the Unthinkable, in: NYT, 19.1.2003.

91 Dass wir uns entschieden haben, durch die Untersuchung von Erosionsprozessen eine Gegenspur in die Einbahnstraße einzubauen und somit den zweiten Aspekt des von uns festgestellten Fortschritts*bias* zu bearbeiten, impliziert selbstverständlich, dass unser erster Kritikpunkt – das Untersuchen ausschließlich »guter« Normen auch auf uns selbst zutrifft. Vergleichbare Untersuchungen (aus westlicher Sicht) als negativ erachteter Normen bleiben somit ein wichtiges Forschungsdesiderat.

taken-for-grantedness, d. h. einer diskursiv unangetasteten Gültigkeit der Norm, verlieren und in eine Abwärtsbewegung geraten können, hat sich als richtig erwiesen. Dementsprechend lautet unser erster Befund, den wir den bisherigen Forschungen zu Normen entgegensetzen: Internalisierte Normen können erodieren. Mit dem nuklearen Tabu und dem Folterverbot befinden sich sogar zwei *universelle* Normen im Erosionsprozess, die als besonders stark internalisiert galten und konstitutiv für die Identität »zivilisierter« Mitglieder der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen und der USA im Besonderen waren bzw. immer noch sind.

Wie aus der letzten Bemerkung hervorgeht, wollen wir keineswegs bestreiten, dass eine Phase der Norminternalisierung existiert und die von uns untersuchten Normen sich in einer solchen befanden. Die Unterspezifizierung der Theorie im Hinblick auf diese letzte Phase der »Normkarriere« und des Begriffes »Internalisierung« hat uns allerdings Schwierigkeiten bereitet. So scheint hierbei die implizite Annahme zu bestehen, dass sich Antworten auf entscheidende Fragen intuitiv ergeben und keiner Operationalisierung bedürfen: Bereits unsere Fallauswahl wäre erleichtert worden, wenn wir klare Kriterien dafür hätten anlegen können, welche Akteure eine Norm internalisieren müssen, ab wann eine Norm als internalisiert gilt und woran eine solche besondere Qualität zu erkennen ist. Entsprechend wird die Einordnung unserer Ergebnisse dadurch erschwert, dass wir auf die für eine Internalisierung relevanten Akteursgruppen innerhalb eines Staates bestenfalls aus Andeutungen und Nebenbemerkungen der einschlägigen Werke schließen konnten.

Der Stellenwert anderer Akteure als der Regierung – wie Bevölkerung, Wissenschaft oder Militär –, die hier möglicherweise vorliegenden divergierenden Internalisierungsgrade und die unterschiedlichen Rollen, die sie bei einer Normerosion einnehmen können, wurden jedoch anhand unserer Fälle deutlich: So vermuten wir, dass die Erosion des nuklearen Tabus zwar von der Regierung nicht intendiert, aber doch eher *top-down* und zwar von Elite-Akteuren (z. B. einigen Angehörigen des Militärs, der Nationallabors, aber auch der Bush-Administration) vorangetrieben wurde, die diese nie »wirklich« internalisiert hatten und nur instrumentelle *compliance* leisteten, sodass man zumindest auf dieser individuellen Ebene nicht unbedingt von veränderten Einstellungen gegenüber der Norm ausgehen muss.⁹² Vielmehr stellte die Veröffentlichung der NPR ein willkommenes *window of opportunity* dar, um das vermutlich von einigen Gruppierungen bereits lange Zeit als störende Einschränkung der eigenen Handlungsoptionen wahrgenommene nukleare Tabu zu unterlaufen. Im Gegensatz dazu positionierten sich im *bottom up*-Prozess der beginnenden Folterdebatte interessanterweise gerade diejenigen gesellschaftlichen Gruppen – nämlich die Bevölkerung und MedienvertreterInnen – als erste öffentlich *für* eine Einschränkung des Folterverbots, bei denen von einer starken Internalisierung

92 Dies zu überprüfen, ist nicht nur aus dem oben bereits genannten Grund (fehlende Internalisierungskriterien) schwierig, sondern auch, weil es den Akteuren in der Vergangenheit aus instrumentellen Überlegungen heraus aufgrund der Stärke des Tabus gar nicht möglich gewesen wäre, dieses öffentlich in Frage zu stellen. Wiederum sind diejenigen Dokumente (z. B. interne Sitzungsprotokolle, Telefonate), die über die tatsächliche Einstellung Aufschluss geben könnten, sofern sie überhaupt existieren, nicht zugänglich.

ausgegangen werden muss, denn gerade diese Akteursgruppen waren es schließlich gewesen, die in den Jahren zuvor jede Übertretung dieses Tabus skandalisiert bzw. deren sofortige Sanktionierung gefordert hatten.⁹³

Die Hinweise auf die Relevanz unterschiedlichster Gruppen sowie das Ausbrechen der tabuschwächenden Debatten verdeutlichen, dass die Phase der Internalisierung von Normen einen komplexen, keineswegs immer linear und bei allen Akteuren synchron verlaufenden *Prozess* darstellt. Am Verlauf dieses Prozesses wird vor allem zweierlei ersichtlich: Erstens scheinen Akteure auch in dieser Phase in der Lage zu sein, die Gültigkeit der für sie lange Zeit selbstverständlichen Überzeugungen zu hinterfragen. Geschieht dies als Reaktion auf einschneidende Ereignisse, könnte hierfür eine Dynamik verantwortlich sein, die wir als »Dominoeffekt der *Unthinkables*« bezeichnen möchten. Demzufolge hätte das Eintreten von Ereignissen, die zuvor außerhalb des Vorstellbaren lagen, zu einer generellen Ausweitung von Denkräumen geführt, was wiederum früher ebenso unvorstellbare Handlungsoptionen plötzlich wieder in den Bereich des Denkbaren und Begründbaren rücken ließ. Dies geschah sehr direkt nach 9/11 im Fall des Folterverbots und mittelbar im Fall des nuklearen Tabus, als hierdurch nun ein gut instrumentalisierbarer Referenzpunkt bereit stand.

Zweitens liegt die Vermutung nahe, dass unterschiedliche Internalisierungsgrade bei unterschiedlichen Akteuren ebenfalls zu einer Gefahr für die Norm werden können, da Akteure miteinander in Interaktionen treten. Entsprechend können Normen auf dem Weg zu einem – vermutlich empirisch niemals erreichbaren – Endpunkt ihrer Internalisierung erstens potenziell durch jeden gesellschaftlich relevanten Akteur oder zweitens durch diejenigen Akteure, die bei der Internalisierung langsamer (oder gar nicht?) voranschritten, im Diskurs in Frage gestellt werden, sobald diese meinen, ein *window of opportunity* zu erkennen, um ihre (normschwächenden) Ansichten vorzubringen. Solche Handlungen seitens der *norm challengers* können wiederum Zweifel bei denjenigen auslösen, die die Norm bereits internalisiert hatten. Schließlich kann drittens das Handeln von Akteuren außerhalb des innenpolitischen Internalisierungsbereichs (Terroristen, nach Massenvernichtungswaffen strebende Staaten) eine diskursive Normschwächung notwendig erscheinen lassen.

Zumindest im Fall des Folterverbotes scheint überdies eine Erosionskaskade eingetreten zu sein: Ganz im Sinne eines rationalistischen Verständnisses dieses Konzepts reagieren die Akteure bei Erreichen einer kritischen Masse von TabugegnerInnen nicht mehr nur auf die Überzeugungskraft ihrer Argumentation, sondern allein die (steigende) Anzahl der TabukritikerInnen wirkt als Anstoß, die Norm in Zweifel

93 Dabei ist natürlich nicht auszuschließen, dass z. B. ein Teil der US-Bevölkerung Folter schon immer befürwortete, da aus der Zeit vor der Erosion keinerlei Umfragen oder ähnliche Hinweise vorliegen. Dass diese Frage niemals gestellt wurde und in den Medien nie thematisiert wurde, weist andererseits auf eine Internalisierung hin.

zu ziehen.⁹⁴ Fasst man die Internalisierungsphase als einen durch Uneinheitlichkeit, Ungleichzeitigkeit und Umkehrbarkeit gekennzeichneten *Prozess* auf, erscheint eine in diesem Stadium befindliche und damit vermeintlich stabile Norm als noch immer fragil.

4.2. Tabuspezifische Charakteristika

Zu den genannten Bedingungen kamen auch einige im Wesen von Tabus begründete Mechanismen, die ihre Erosion ermöglicht haben, wobei wir Tabus aufgrund unserer Untersuchung eine besondere Beschaffenheit als gleichzeitig stark und schwach attestieren. Im Folgenden werden fünf Aspekte ausgeführt, die – theoretisch begründet und empirisch bestätigt – die Stärke von Tabus ausmachen, sich im Laufe von Erosionsprozessen jedoch auch als ihre Schwächen erwiesen haben.

Tabus können erstens mit zunehmendem Alter an Stärke gewinnen, etwa weil sie sich über Jahre bewähren, sie von immer mehr Akteuren internalisiert werden, den Tabus zuwiderlaufende Praktiken abgrenzend der Vergangenheit zugeordnet werden oder schlichtweg in Vergessenheit geraten. Zugleich kann ihnen ihr Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte langes Bestehen zum Verhängnis werden, denn aufgrund dessen können nicht nur die (schrecklichen) Folgen tatsächlicher Tabubrüche aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwinden, sondern auch die Argumentationen, die zur Entstehung der Normen geführt haben. Entsprechend wurde durch das lange Zurückliegen der einzigen und letzten Nuklearbombenabwürfe das Vergessen der hierdurch erzeugten Zerstörung und des Grauens begünstigt (Quester 2005: 80f), was vermutlich das Sprechen über mögliche (saubere) Einsätze erleichtert und die Argumentation wider eine *non-compliance* erschwert hat. Der technische Fortschritt tat ein Übriges, indem er – angesichts der neuen Situation und der neuen Möglichkeiten – alte Argumentationsweisen nur bedingt anwendbar und tragfähig erscheinen ließ. Einem Vergessen der Folter*praxis* stand zwar immer die Verletzung des Folterverbots in der Mehrzahl der Staaten entgegen, da diese Methoden in westlichen Ländern jedoch gleichzeitig als Relikt der Vergangenheit und als Instrument der »unzivilisierten« Mitglieder des internationalen Systems abgetan wurden und eine andauernde Argumentation gegen Folter deshalb überflüssig erschien, gerieten im Gegenzug moralische Argumentationsweisen, die einmal zur Verdammung und Abschaffung der Folter geführt hatten, in Vergessenheit. Selbst wenn die alten Begründungsmuster noch präsent gewesen wären, hätten sie auch in diesem Fall der neuen Bedrohungssituation größtenteils ohnehin nicht mehr Rechnung tragen können – war Folter früher doch v. a. zur Aufklärung bereits begangener Straftaten eingesetzt worden. Konfrontiert mit der Infragestellung der Norm entstand in diesem Fall ein Begründungsnotstand, der das Finden einer (alle) überzeugenden Gegenargumentation erschwerte.

94 Zum Modell solch einer »Informationskaskade« siehe Bikchandani et al. (1992). Wir gehen aber weder davon aus, dass diese bei jedem Erosionsfall erreicht werden, noch dass es eine für alle Fälle ähnliche Anzahl von Akteuren geben muss.

Zum Zweiten können Tabus deshalb eine ungewöhnlich starke Wirkung entfalten, weil im Falle ihrer Nichteinhaltung fest mit schrecklichen Konsequenzen – etwa mit dem Rückfall in die Barbarei, d. h. der Verabschiedung von grundlegenden Standards moderner Staatlichkeit, oder der Auslöschung der gesamten Menschheit – gerechnet wird, sodass die Angst vor diesen Folgen vor einer Übertretung des Tabus bewahrt. Allerdings stellt sich hier die Frage, was passiert, wenn nach einem oder mehreren Tabubrüchen die befürchteten Folgen ausbleiben. Tritt der vorab heraufbeschworene Schaden in *non-compliance*-Fällen nicht ein, ist die Gefahr groß, dass der die Tabus umgebende Mythos seine Wirkung verliert, womit das Tabu erheblich geschwächt wird.

Neben der Einhaltung der Verhaltensverbote sind auch, drittens, die mit den Tabus einhergehenden Denkverbote für die Bewahrung ihrer Kraft entscheidend – hierbei schützt die ausnahmslose Tabuisierung bestimmter Objekte bzw. Handlungen davor, besondere Kategorien, z. B. durch gedankliche Relativierungen, aufzubrechen. Mit der Aufhebung eines Denkverbotes wird jedoch eine Differenzierung möglich, mit der bestimmte Gegenstände oder Handlungen nun als nicht mehr der geächteten Kategorie zugehörig gedacht werden. Hiermit eröffnet sich die Möglichkeit, die ehemals feste (Nuklearwaffen) bzw. absichtlich unterbestimmte (Folter) Kategorie mit Hilfe neuer Klassifizierungen (*light*, *mini*) immer weiter zu zerfasern und damit das Tabu sukzessive aufzulösen. Als weitere Folge der Aufhebung des Denkverbotes wird das Nachdenken über Begründungen für die absolute Gültigkeit bestimmter Normen möglich – so werden sie dem Risiko ausgesetzt, dass sich diskursiv die Feststellung durchsetzen kann, es gäbe hierfür keine (rationale) Letztbegründung. Diese Einsicht kann wiederum dazu führen, dass die uneingeschränkte Tabubefürwortung zu einer im Diskurs kaum vertretbaren Extremposition erklärt wird.

Viertens ergeben sich der Wert und die Macht von Tabus auch aus ihrer identitätsstiftenden Wirkung, die allerdings ebenfalls zur Achillesferse werden kann. In unseren beiden Fällen lässt sich Ersteres bereits anhand der relevanten Literatur belegen und überdies geht aus den von uns analysierten Debatten klar hervor, dass beide Normen konstitutiv für das US-amerikanische Selbstverständnis sind bzw. zumindest waren. Die Wortwahl der *norm challengers* (Stichwort: *re-thinking the unthinkable*) machte ebenso wie die Reaktionen auf die Enttabuisierung durch die laufenden Diskurse deutlich, dass hier an den Grundfesten der Gesellschaft gerüttelt wird – die (alte) US-amerikanische Identität scheint zur Disposition gestellt.⁹⁵ Während die TabubefürworterInnen einheitlich die Infragestellung »ihrer« Werte und Identität anmahnten, lassen sich die Strategien der Gegenseite in zwei Kategorien unterteilen. Zum einen wurde darauf verwiesen, die neuen Überlegungen bzw. Praktiken seien durchaus mit dem Selbstverständnis der Nation vereinbar. Demnach beziehe sich die *non-use*-Norm auf die großen und »dreckigen« alten Nuklearbomben,

95 Generell ist anzunehmen, dass Identitäten, mit denen häufig als stabile Größen argumentiert wird, im Gegenteil ständig einem Wandel und Abwägungsprozessen zwischen Werten unterworfen sind. Gleichwohl ist trotz dieser Dynamik ein Überdenken der Kernüberzeugungen vermutlich eher selten.

wohingegen die neuen Nuklearsprengköpfe nicht gegen die unschuldige Zivilbevölkerung, sondern gegen militärische Objekte gerichtet würden und ihr Einsatz insgesamt weniger schädlich wäre, weshalb die Norm nicht auch für sie gelten müsse. In der Folterdebatte stellt die Annahme, die eingesetzten Verhörtechniken fielen nicht unter das Folterverbot und würden überdies nicht bei unschuldigen (US-)BürgerInnen angewandt, hierfür das Pendant dar. Zum anderen wurde ein Abwägungsprozess zwischen der bewahrenswerten Identität und der damit anscheinend konfligierenden Norm vorgenommen: So könne der Bruch bestimmter Normen sogar nötig werden, um andere Aspekte der Identität (wie z. B. Sicherheit von Leben und Eigentum), ja das Überleben der eigenen Gesellschaft selbst, zu sichern. Auch hier offenbart sich wieder eine Wechselwirkung: Normen können nicht nur eine Identität konstituieren und stabilisieren, sondern dieser offenbar sogar zum Opfer fallen, wenn – wie in unseren beiden Fällen – Akteure einen Konflikt zwischen beiden wahrnehmen.

Schließlich kann sich die Basis der Tabus – Angst – als Angriffspunkt erweisen: Unsere beiden Fälle legen den Rückschluss nahe, dass die Angst vor Tabubrüchen durch den Aufbau einer anderen Angst in ihrer Bedeutung geschmälert werden kann. Zum einen kann ein permanentes, mit Unsicherheit verbundenes Bedrohungsgefühl, wie es zumindest zeitweise in den USA zu beobachten war, zu »blindem Aktionismus« führen, weil die Akteure versuchen, ihrer Angst und der empfundenen Machtlosigkeit gegenzusteuern, indem sie nach jedem (tabuisierten) Strohalm greifen, um die Illusion zu wahren, handlungsfähig zu sein. Zum anderen kann man hier, wie im Verhältnis Norm-Identität auch, einen Abwägungsprozess konstatieren: Ist die sehr konkret vorstellbare und akute Angst vor mit Massenvernichtungswaffen durchgeführten (Terror-)Angriffen größer als die diffuse Angst vor den Konsequenzen eines Nuklearbombenabwurfes? Ist die Angst vor katastrophalen Terroranschlägen, die man, wären bestimmte Informationen verfügbar gewesen, hätte verhindern können, größer als die Angst vor einem übermächtigen, die Menschenrechte systematisch verletzenden Staat? Die Argumentation der *norm challengers* lief in beiden Fällen auf die Bejahung beider Fragen hinaus, haben sie doch versucht, Tabubrüche als zur Wiederherstellung von Sicherheit unabdingbar hinzustellen. Demgemäß sind Tabus unseres Erachtens dann nicht mehr bzw. nur schwer zu halten, wenn bei immer mehr Akteuren die Angst vor den (kurzfristigen) Folgen der *Aufrechterhaltung* der Tabus die Angst vor den (langfristigen) Konsequenzen ihrer *Brüche* überwiegt.

5. Schlussbemerkung

Dieser Artikel hat aufgezeigt, dass das nukleare Tabu und das Folterverbot eine mehrfache Fragilität offenbaren: Erstens stellte sich das theoretische Konzept der Internalisierung empirisch betrachtet als komplexer und damit instabiler Zustand dar. Zweitens konnten diejenigen Akteure, die eine Schwächung der Tabus anstrebten, das bloße Stattfinden der Debatte und in ihrem Rahmen die rationale Argumentation der TabubefürworterInnen als »Einfallstor« für ihre Argumentation nutzen.

Drittens haben strukturelle Veränderungen, wie das Auftreten neuer Akteure, der gesteigerte Wert von Informationen und das Verschwinden der Zusicherung einer nuklearen Zerstörung, die Tabus vor neue Herausforderungen gestellt. Viertens wurden sie durch einige Faktoren, die eigentlich ihre Stärke ausmachen, besonders angreifbar: durch ihre *taken-for-grantedness*, d. h. ihre Selbstverständlichkeit, die eine fortwährende argumentative Begründung überflüssig machte und somit ihr Wiederfinden erschwerte; durch die Angst vor schrecklichen Konsequenzen, deren Ausbleiben nach einem Tabubruch dieses entmystifizieren kann; durch die Denkverbote, die das Fehlen einer letzten Begründung verdeckten und deren Wegfall es enthüllte; durch ihre Gebundenheit an die Identitätskonzeption der betroffenen Akteure und durch die höhere Wertschätzung der Identität gegenüber ihren Einzelbestandteilen sowie durch die Angst, die ihre Grundlage darstellte, aber durch eine andere Angst überlagert werden konnte.

Literatur

- Allen, Jonathan 2005: Warrant to Torture? A Critique of Dershowitz and Levinson (ACDIS Occasional Paper 1: 2005), in: <http://www.acdis.uiuc.edu/Research/OPs/Allen/AllenOP.pdf>; 19.9.2007.
- Amnesty International 2000: Für eine Welt frei von Folter, Bonn.
- Ashcroft, John 2002: Remarks of Attorney General John Ashcroft, U.S. Attorneys Conference, New York City, 1.10.2002, in: <http://www.usdoj.gov/archive/ag/speeches/2002/100102agremarkstousattorneysconference.htm>; 21.6.2007.
- Ashcroft, John 2004: Statement of John Ashcroft, Attorney General, before the Committee on the Judiciary United States Senate Oversight of the Department of Justice, Terrorism and Other Topics, 8.6.2006, in: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A25211-2004Jun8.html>; 19.7.2006.
- Banescu, Chris 2004: Pro-Osama Nuclear Policy (Strategiepapier des Center for Security Policy), in: <http://www.frontpagemag.com/Articles/ReadArticle.asp?ID=15382>; 26.8.2006.
- Bikchandani, Sushil/Hirshleifer, David/Welch, Ivo 1992: A Theory of Fads, Fashion, Custom, and Cultural Change as Informational Cascades, in: *The Journal of Political Economy* 100: 5, 992-1026.
- Bush, George W. 2003: Statement on United Nations International Day in Support of Victims of Torture, Presidential Address, 26.6.2003, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=294&st=Victims+of+Torture&st1=>; 26.8.2006.
- Checkel, Jeffrey T. 1998: International Norms and Domestic Agents: Probing the Dynamics of Socialization (Paper Presented at the Ideas, Culture and Political Analysis Workshop, Princeton University, Princeton, NJ, 15.-16.5.1998).
- Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Welt nuklearordnung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 10: 1, 7-41.
- Deibel, Terry L. 2002: The Death of a Treaty, in: *Foreign Affairs* 81: 5, 142-161.
- Dershowitz, Alan D. 2002: *Why Terrorism Works: Understanding the Threat, Responding to the Challenge*, New Haven, CT.
- Elster, Jon 1989: *The Cement of Society: A Study of Social Order*, Cambridge.
- Enzensberger, Hans Magnus 2004: Michel de Montaigne: *Essais*. Erste modernde Gesamtübersetzung von Hans Stilett, Frankfurt a. M.
- Farrell, Theo/Lambert, Hélène 2001: Courting Controversy: International Law, National Norms and American Nuclear Use, in: *Review of International Studies* 27: 3, 309-326.
- Finnemore, Martha 1996: *National Interests in International Society*, Ithaca, NY.

- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn* 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization* 52: 4, 887-917.
- Freud, Sigmund* 1940: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, London.
- Freud, Sigmund* 1984 [1915]: Die Verdrängung, in: *Freud, Sigmund: Das Ich und das Es und andere metapsychologische Schriften*, Frankfurt a. M., 61-71.
- Gong, Gerrit W.* 1985: *The Standard of »Civilization«* in *International Society*, Oxford.
- Gray, Colin S.* 2000: Nuclear Weapons and the Revolution in Military Affairs, in: Harknett, Richard J./Wirtz, James J./Paul, Thazha V. (Hrsg.): *The Absolute Weapon Revisited: Nuclear Arms and the Emerging International Order*, Dearborn, MI, 99-134.
- Greenberg, Karen J./Dratel, Joshua L.* (Hrsg.) 2005: *The Torture Papers: The Road to Abu Ghraib*, Cambridge.
- Haas, Daniela* 1997: *Folter und Trauma. Therapieansätze für Betroffene*, Oldenburg.
- Heymann, Philip B./Kayyem, Juliette N.* 2005: Long-Term Legal Strategy Project for Preserving Security and Democratic Freedoms in the War on Terrorism, National Memorial Institute for the Prevention of Terrorism, Harvard, in: <http://www.terrorisminfo.mipt.org/pdf/Long-Term-Legal-Strategy.pdf>; 24.9.2007.
- Hurrell, Andrew* 2001: Norms and Ethics in International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London, 137-154.
- Inhofe, James M.* 2004: Transcript of Senator Inhofe's Remarks at the 05/11/2004, Senate Armed Services Hearing on Iraqi Prisoner, Treatment (Panel 1), in: <http://inhofe.senate.gov/pressapp/record.cfm?id=221389>; 21.6.2007.
- Ignatieff, Michael* 2004: *The Lesser Evil: Political Ethics in an Age of Terror*, Edinburgh.
- Katzenstein, Peter* 1996: *Cultural Norms and National Security*, Ithaca, NY.
- Klotz, Audie* 1996: *Norms in International Relations: The Struggle Against Apartheid*, Ithaca, NY.
- Kraft, Hartmut* 2004: *Tabu: Magie und soziale Wirklichkeit*, Düsseldorf.
- Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John Gerald* 1986: International Organization: A State of the Art on an Art of the State, in: *International Organization* 40: 4, 753-775.
- March, James G./Olsen, Johan P.* 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: *International Organization* 52: 4, 943-969.
- Mlyn, Eric* 2000: U.S. Nuclear Policy and the End of the Cold War, in: Harknett, Richard J./Wirtz, James J./Paul, Thazha V. (Hrsg.): *The Absolute Weapon Revisited: Nuclear Arms and the Emerging International Order*, Dearborn, Michigan, 189-212.
- Müller, Harald/Schaper, Annette* 2003: US-Nuklearpolitik nach dem Kalten Krieg (HSFK-Report 3/2003), Frankfurt a. M.
- Müller, Harald/Sohnius, Stephanie* 2006: Intervention und Kernwaffen. Zur neuen Nukleardoktrin der USA (HSFK-Report 1/2006), Frankfurt a. M.
- National Institute for Public Policy* 2001: Rationale and Requirements for U.S. Nuclear Forces and Arms Control, in: <http://www.nipp.org/Adobe/volume%201%20complete.pdf>; 26.8.2006.
- Nelson, Robert W.* 2001: Low-Yield Earth-Penetrating Nuclear Weapons, in: *Journal of the Federation of American Scientists* 54: 1, 1-5.
- Nelson, Robert W.* 2004: Nuclear »Bunker Busters« Would More Likely Disperse than Destroy Buried Stockpiles of Biological and Chemical Agents, in: *Science and Global Security* 12: 1&2, 69-89.
- Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights* 1984: Convention against Torture and Other Cruel, Inhumane or Degrading Treatment or Punishment, in: <http://www.ohchr.org/english/law/cat.htm>; 11.9.2007.
- Paul, Thazha V.* 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: *Journal of Conflict Resolution* 39: 4, 696-717.
- Payne, Keith B.* 2003: Deterrence – A New Paradigm, National Institute for Public Policy, in: <http://www.nipp.org/Adobe/Regional%20Web/Deterrence%20Paradigm.pdf>; 26.8.2006.

- Pew Research Center 2005: America's Place In the World: An Investigation of the Attitudes of American Opinion Leaders and the American Public About International Affairs, in: <http://people-press.org/reports/pdf/263.pdf>; 10.8.2006.
- Pfeifer, Wolfgang (Hrsg.) 1989: Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, Berlin.
- Powell, Colin 1996: Mein Weg, München.
- Program on International Policy Attitudes (PIPA) 2004: Americans on Detention, Torture and the War on Terrorism (PIPA Paper 7: 2004), in: http://65.109.167.118/pipa/pdf/jul04/Torture_Jul04_rpt.pdf; 24.9.2007.
- Quester, George H. 2000: The Continuing Debate on Minimal Deterrence, in: Harknett, Richard J./Wirtz, James J./Paul, Thazha V. (Hrsg.): The Absolute Weapon Revisited: Nuclear Arms and the Emerging International Order, Dearborn, MI, 167-188.
- Quester, George H. 2005: If The Nuclear Taboo Gets Broken, in: Naval College Review 58: 2, 71-91.
- Raes, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich.
- Reemtsma, Jan Philipp 2004: Fratze im Spiegel. Zur Diskussion der Folter, in: Internationale Politik 59: 6, 95-100.
- Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans-Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und innenpolitischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden.
- Risse, Thomas/Ropp, Stephen/Sikkink, Kathryn (Hrsg.) 1999: The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change, Cambridge.
- Risse, Thomas/Sikkink, Kathryn 1999: The Socialization of International Human Rights into Domestic Practices, in: Risse, Thomas/Ropp, Stephen/Sikkink, Kathryn (Hrsg.): The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change, Cambridge, 1-37.
- Robinson, Paul C. 2001: A White Paper: Pursuing a New Nuclear Weapons Policy for the 21st Century, in: <http://www.sandia.gov/media/whitepaper/2001-04-Robinson.htm>; 26.8.2006.
- Schelling, Thomas C. 1960: The Strategy of Conflict, Cambridge, MA.
- Schlesinger, James 2004: Final Report of the Independent Panel To Review DOD Detention Operations, in: <http://www.defenselink.mil/news/Aug2004/d20040824finalreport.pdf>; 26.8.2006.
- Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln.
- Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53: 3, 433-468.
- Tannenwald, Nina 2005: Stigmatizing the Bomb: Origins of the Nuclear Taboo, in: International Security 29: 4, 5-49.
- Tomuschat, Christian 1989: Rechtlicher Schutz gegen Folter? Zum Verhältnis von nationalen und internationalen Rechtsnormen, in: Schulz-Hageleit, Peter (Hrsg.): Alltag-Macht-Folter. Elf Kapitel über die Verletzung der Menschenwürde, Düsseldorf, 95-118.
- Younger, Stephen M. 2000: Nuclear Weapons in the Twenty First Century, in: <http://www.fas.org/nuke/guide/usa/doctrine/doe/younger.htm>; 26.8.2006.
- Zürn, Michael/Binder, Martin/Ecker-Ehrhardt, Matthias/Radtke, Katrin 2007: Politische Ordnungsbildung wider Willen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14: 1, 129-164.